

Erscheint täglich außer Montags-Abendausgaben... Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeit... Preis für die nächste Nummer...

Verantwortlicher: Jant 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 17. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die Schlacht um die Kornzölle

dauert nun schon in den vierten Tag und im Augenblick wo wir dies schreiben, wissen wir noch nicht, ob sie am heutigen Tage zu Ende gelangen wird.

Die namentliche Abstimmung, welche heute oder morgen über den Antrag Richter (zunächst auf Ermäßigung der Kornzölle etc.) stattfinden wird...

Das Zentrum, welches das Kartell sprengen half, ist seiner großen Majorität nach agrarisch gesinnt und entschlossen, diesen Theil der Bismarck'schen Hinterlassenschaft bis aufs Aeußerste zu verteidigen.

Es folgt hieraus mit zwingender Logik, daß die Entscheidung über die Kornzölle außerhalb des Reichstags liegt. Wohl kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Mehrheit der deutschen Wähler den Kornzöllen feindlich ist...

Und diese „häßliche Thatsache“ kann nur durch „Druck von Außen“ aus dem Wege geschafft werden — das heißt durch eine kräftige Volksbewegung.

Die Redeschlacht des Reichstags ist also nur die Overture des eigentlichen Kampfes um die Kornzölle.

Das deutsche Volk muß sich gegen die agrarisch-schutzöllnerische Mehrheit des Reichstags wenden, und zwar mit solcher Kraft, daß entweder diese Mehrheit gebeugt, oder eine Neuwahl erzwungen wird, welche sie zerbricht.

Die Debatten der langen — nicht großen —

Redeschlacht waren moralisch vernichtend für die agrarische Mehrheit. Nicht daß die Opposition ihr besonders gefährlich gewesen wäre — was ließ sich Neues gegen die Kornzölle sagen? — das Vernichtende war der absolute geistige Bankrott...

An dem deutschen Volk ist es, mit den Brotvertheurern ins Gericht zu gehen und ihnen auf ewige Zeiten das Handwerk zu legen.

Nachdem Obiges geschrieben, ist die Entscheidung nicht der, aber über die Schlacht um die Kornzölle erfolgt. Der Faden der Debatte, die in gleicher Weise noch Tage, noch Wochen lang hätte fortgesponnen werden können — um des Kaisers Bart —, ist durch einen Schlußantrag abgebrochen worden.

Nachdem zu den beiden auf der Tagesordnung stehenden Anträgen (Antrag Auer und Antrag Richter) erst Schumacher im Namen der Sozialdemokraten, und dann Richter im Namen der Fortschrittspartei — beide sehr wirksam — gesprochen hatten, schritt der Reichstag zur namentlichen Abstimmung über den fortschrittlichen Antrag, welcher lautet:

- „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Entlastung der minder wohlhabenden Volksklassen und behufs Anbahnung einer gerechteren Besteuerung durch geeignete Vorlagen 1. die Kornzölle zunächst auf die bis 1887 bestandenen Sätze zu ermäßigen...“

Die Sozialdemokraten, deren prinzipieller Standpunkt durch Schumacher scharf präzisirt und gewahrt wurde, mußten unter den gegebenen Verhältnissen natürlich mit Ja stimmen — Stimmenthaltung wäre Feigheit gewesen...

Das Ergebnis der Abstimmung: 106 für und 210 gegen den Antrag Richter konnte Niemand überraschen. Die parlamentarische Redeschlacht ist beendet, der Agitationssturm muß beginnen!

Die Vertreter der Volksinteressen appelliren vom deutschen Reichstag an das deutsche Volk!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Die Kornzoll-Debatte ist heute zu Ende gekommen. Wir besprechen die viertägige Redeschlacht in unserem Leitartikel. Die heutige Sitzung gleich insofern den früheren, als die Herren Agrarier in sehr langen Reden nichts sagten...

Unser neuerlicher Artikel über die Revision des Parteiprogramms wird von der gegnerischen Presse mit bekannter Albernheit und Gehässigkeit mißverstanden und verdröhrt. Zunächst wird unsere ausdrückliche Versicherung, daß es sich nicht um eine sozusagen amtliche, sondern rein persönliche Aussprache handle, für eine Finte und für Spiegelfechtere erklärt...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

14

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Nein, denn ich sag' es gerad' heraus: ist man deshalb nicht ebenso gut, wenn man nur sonst brav und lieb ist? Ordentlich bezahlen thut sie und eine g'scheite Person ist sie in jeder Beziehung; ja und es redet auch niemand etwas über sie! — Laß nur gehen, Margarethe, und denk' daran, wie gut Du's hast; das sind doch andere Zeiten jetzt als damals, wo wir zum Hinte-Michel um Erdäpfel und Häring betteln gingen!

Sie geriethen in alte Geschichten und kamen für den einen Abend in gute Laune. Allein am nächsten Tage war Mama wieder mißmuthig und gerade so unangenehm und brummig wie vorher.

Onkel Solum langte zu seinem gewöhnlichen Herbstbesuch an; er war auch nicht recht bei Humor. Und auch ihn begriff Janny durchaus nicht. Er sprach von verschlimmerten Zeiten und großen Verlusten; „wenn es so weiter geht, so purzelt jeder zweite Mann um“, sagte er; überhaupt sagte er vielerlei, was Janny nicht verstand. Und dann wurde sie, wenn er hier war, beständig mit einer Menge von Aufträgen in die Stadt geschickt. Er hatte auch diesmal nicht viele Geschenke gebracht. Es schien ihr schlecht von ihm, daß es ihm nicht einfiel, ihr ein Kleid zu geben; das einzige, was sie bekam, war Geld für ein Paar neue Schuhe. Und passe auf, daß sie solid werden, Margarethe!“ sagte Onkel Solum.

Er blieb diesmal ziemlich lange in Kristiansborg; es war wegen dieser „verdammten Wald-Geschäfte“. Für Mama wurde es eine etwas schwierige Zeit; sie wollte um keinen Preis, daß Onkel Solum mit dem Buchbinder zusammen treffe. „Onkel Solum liebt diese Art Leute nicht“, sagte sie. Es war fast komisch, auf wie vielerlei Schliche sie kam, um Lundström vom Hause fern zu halten. Die alte Kati half mit. Janny wurde gleichfalls instruir't; es war eine förmliche kleine Komödie. Und Lundström ließ sich täuschen, obgleich er schließlich Mißtrauen schöpfte. „Was Teufel ist dieser Bruder Nils für eine Person?“ sagte er in seinem von Tag zu Tag minder sicheren Schwedisch-Norwegisch.

Auf dem Heuboden war von Gefindestuben-Geschichten nun keine Rede mehr; man führte Stücke auf.

Janny und Ebba erinnerten sich an den größten Theil der „Reise nach China“; den Rest improvisirte man. Gina hatte besonders die Melodien behalten, sie sang auch hübsch; jedoch die lustigen Weisen gab Janny am besten wieder. Um die Rollen einigermaßen besetzen zu können, ließ man die Puppen mitwirken. Die Hochzeit, um welche die Schauspielergesellschaft sie betrogen hatte, fügten sie auf eigene Faust hinzu; Janny war der Pastor Pukstad und nahm die Trauung vor und man fuhr in einer schiffbrüchigen alten Kalesche standesgemäß zu der Kirche und dann heim.

Die drei kleinen Mädchen waren nicht länger in Zweifel über ihren Beruf; sie wollten Schauspielerinnen werden. Dieß sich etwas langweiligeres und dümmeres denken, als zu Hause herumzugehen und schließlich einen Kaufmann oder einen Kommodanten zu heirathen? Es war merkwürdig, daß irgend jemand sich mit so etwas dämlichem begnügte. Gleich nach ihrer Konfirmation wollten sie in die

Hauptstadt, um sich auszubilden. Von hier ging die Reise nach Kopenhagen, wo die besten Theater sind, und zuletzt wollten sie dann nach Italien. Alle Künstler müßten sich einige Zeit in Italien aufhalten, erzählte Ebba; Mama hatte es gesagt. Schließlich wollten sie nach Hause kommen und debattiren. Da wollten sie alle drei lichtrothe Seidenkleider mit langen Schleißen tragen und sie wollten alle zugleich und in demselben Stück auftreten. Allein es mußte ein Stück mit drei Marine-Offizieren sein, so daß jede von ihnen einen kriegen konnte.

Sie redeten sich in die Sache so hinein, daß sie kaum im Stande waren, die Konfirmation zu erwarten. Es tauchten allerlei Entweichungspläne auf; o, wenn sie doch aus dieser langweiligen Kleinstadt fortkommen könnten! Natürlich würde die Reise beschwerlich werden; gewiß würde sie aber auch interessant. Sieh nur vorzustellen, wie drei hübsche kleine Mädchen vor fremder Leute Thüren sangen; dann gelangten sie an ein Schloß; in demselben wohnte ein General oder vielleicht ein Prinz; er kam heraus und erblickte sie: „ei, wohin wollen denn diese Kinder?“ — Wir wollen nach Italien und Künstlerinnen werden.“ — „Kein, wirklich!“ — Der hohe Herr fühlte lebhaftes Interesse. Und Gott weiß, was noch daraus weiter entstand; der hohe Herr hatte zufällig akkurat drei Söhne und sie waren zufällig alle drei Marine-Offiziere. . . .

Es endete damit, daß sie vorläufig sich zufrieden gaben. Gina meinte, sie müßten Deutsch lernen, ehe sie sich in die Welt hinauswagten. Mittlerweile konnten sie Unterricht im Klavierspielen nehmen; das war auch etwas, worauf man sich verstehen mußte.

Die Komödie kam auf dem Heuboden nach und nach im Verfall. Sie führten so lang Hochzeiten auf, bis sie

Des Weiteren wird uns vorgeworfen, wir hätten uns am Andenken Lassalle's veründigt, weil in jenem Artikel die Notwendigkeit einer schärferen Formulierung im Sinne der Marx-Engels'schen Auffassung betont sei. Die feilschende Absicht dieser Behauptung liegt sonnenklar zu Tage — man will den alten Gegensatz zwischen „Lassalleanern“ und „Engels'ern“ wieder wachrufen. Dieser Gegensatz ist aber längst verschwunden, und alle Versuche, ihn wieder ins Leben zu galvanisieren, sind „verlorene Liebesmüh“. Lassalle's agitatorisches Verdienst wird von denen, gegen welche die Spitze der perfiden Inimination sich richtet, so rückhaltlos anerkannt, daß sie den Plan haben, die sozialdemokratischen Schriften Lassalle's neu herauszugeben.

In theoretisch-wissenschaftlicher Beziehung ist allerdings das, was man die „Marx-Engels'sche Auffassung“ nennt, für uns maßgebend, und war es auch für Lassalle, der selber ihr huldigte und dies offen bekannt hat. Sollten unsere Gegner es sich beikommen lassen, Lassalle als Heugen für ihre reaktionären Anschauungen ins Feld zu führen, so werden sie finden, daß wir das Andenken Lassalle's vor jeder unreinen Verührung zu schützen wissen. —

Offiziös wird geschrieben: „Die Angelegenheit der Nachfolge des Herrn v. Simson im Präsidium des Reichsgerichts ist jetzt erst in das entscheidende Stadium getreten, indem der Bundesrath in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, den Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herrn von Vehlshäger, dem Kaiser zum Präsidenten des Reichsgerichts vorzuschlagen.“ —

Ueber den Geschmack ist nicht zu streiten. Die „Köln. Volks-Ztg.“ findet, daß bei der Bochumer Wahl nicht das Centrum sich blamiert hat, sondern die Sozialdemokratie. Wir hoffen, uns noch öfters so zu „blamiren“. —

Der gestrige „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Mittheilung:

Die Handwerker im schlesischen Culengebirge haben sich im April und Mai v. J. an den Kaiser mit unmittelbaren Eingaben gewandt, in welchen ihre bedrückte Lage geschildert und um Abhilfe gebeten war. Die durch den Minister für Handel und Gewerbe angeordneten Erhebungen haben dargelegt, daß zwar ein akuter, außerordentlicher Mangel an Arbeitskräften vorliegt, daß die Erwerbsverhältnisse der Handwerker aber seit Jahrzehnten höchst dürftig sind und zur Deckung des länglichen Lebensunterhaltes nur nothdürftig ausreichen. Die Ursachen dieser bedrückten Lage der Handwerker liegen einerseits in der übermächtigen Konkurrenz der mechanischen Weberei und andererseits in dem überaus hohen Festhalten der Weberverbände an ihrem überkommenen Beruf. Alle bereits unternommenen Versuche, die Handwerker oder ihre Kinder zu anderen Erwerbszweigen, zur Landwirtschaft, zum Bergbau, zum Handel oder zur Großindustrie überzuführen, sind bisher an dem Widerwillen der Weber gescheitert. Sie ziehen es vor, bei ihrer eine freie Bewegung gestattenden Hausindustrie ein kümmerliches Dasein zu fristen, als sich der strefferen Arbeitsordnung in einem anderen Erwerbszweige zu unterwerfen.

Die von einigen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die unmittelbaren Eingabe der schlesischen Weber nicht zur Kenntniß des Kaisers gelangt sei, entbehrt, dem „R.-A.“ zufolge, der Begründung. Sowohl im Sommer als auch im Dezember v. J. haben demzufolge gründliche Beratungen und Untersuchungen seitens der Provinzialbehörden stattgefunden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Uebelstände nicht sofort durch staatliche Anordnungen zu beseitigen sind und daß die schwierige Aufgabe, eine zwar fleißige und gutartige, doch lange Gewohnheit und Entbehrung aber in ihrer Energie und Selbsthilfe erschöpfte hausindustrielle Bevölkerung allmählig zu anderen Erwerbszweigen überzuführen, nur in einem längeren Zeitraum gelöst werden kann.

Gegenüber den übertriebenen Schilderungen der Tagespresse muß aber nochmals betont werden, daß die Lage der Weber im Culengebirge gegenwärtig nicht bedrohlicher ist als seit Jahrzehnten, und daß ein akuter Nothstand nicht vorliegt.

Diese Notiz ist recht bemerkenswerth, nicht für die Kenntniß der Verhältnisse des Culengebirges, denn die übertriebenen Schilderungen der Tagespresse werden zwar im Allgemeinen bestritten, aber mit keinem Worte widerlegt. Naiv, um einen recht vorsichtigen Ausdruck zu gebrauchen, ist der „Einwand“, daß es sich nicht um einen akuten, sondern um einen chronischen Nothstand handle. Das heißt doch nichts anderes, als daß die unerhörten Zustände im Culengebirge, die trotz

der hochtrabenden Sprache des „Reichs-Anzeigers“ mit keiner Silbe widerlegt sind, seit vielen Jahren schon existiren. Das erscheint uns, die wir glücklicher Weise keine offiziellen Sozialpolitiker sind, noch viel trauriger. Geholfen soll nicht werden, das ist das Ende vom Liede. Die Arbeiter sollen sich selbst helfen, sie können es aber nicht, denn, wie im Tone des Vorwurfs erklärt wird, sind die Weber hierzu zu indolent. Sie sind es aber nur, weil sie seit Jahrzehnten Opfer industrieller Ausbeutung sind. —

Der Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie, — so schreibt man aus Thalheim in Sachsen — könnte bald umgekehrt werden, denn hier kam vorige Woche während des Unterrichts folgende heitere Episode vor: Der Lehrer gab in einer Klasse, wo 11-12jährige Jungen saßen, Sätze aufzuschreiben, wo zuerst die Wörter vorkommen „Ich weiß“ zc. Bei Durchsicht der Arbeiten fand der Lehrer bei einem Schüler Folgendes:

Ich weiß, daß Diebsteht sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter ist.

Ich weiß, daß Roth die Farbe der Freiheit ist.

Ich weiß, daß in Thalheim die Gemeinderathswahl gut ausgefallen ist.

Ich weiß, daß ich auch einmal Sozialdemokrat werde.

Kommentar überflüssig. —

Schwer verwundet wurde ein Marinesoldat wegen Unterlassung des militärischen Grußes. Man schreibt darüber aus Neumünster unterm 12. Januar:

Drei Soldaten der Marine, welche am Sonnabend ihre einjährige Dienstzeit beendet hatten, kamen durch unseren Ort und mußten hier einen mehrstündigen Aufenthalt nehmen. In dieser Zeit verließen dieselben den Bahnhof und begaben sich in die Stadt. Hier begegnete sie einer Patrouille unter Führung eines Offiziers. Der eine der Marinesoldaten unterließ es, zu grüßen, worauf derselbe arretirt wurde. Der andere wollte seinen Kameraden nicht verlassen und wurde deshalb auch mitgenommen. Kurz vor der Wache gelang es dem Arretirten, zu entfliehen, er wurde aber bald von dem nachfolgenden Offizier eingeholt. Letzterer hatte den Degen gezogen und schlug den Flüchtling über den Kopf, quer über die Schädelskappe. Der Degen des Offiziers sprang hierbei in Stücke. Der Flüchtling entkam trotzdem noch bis auf einen Hof in der Wittorfer Straße, wo er sich zu verbergen suchte, wurde aber gefunden und abermals verhaftet. Die Wunde wurde nothdürftig verbunden und der Verletzte darauf zur Wache gebracht. Wie gewaltig die Wunde blutete, geht daraus hervor, daß trotz der handlichen das Blut hervorströmte.

Wird man endlich den Uebergriffen des Militärs wehren? —

Der italienische Kriegsminister wird sogleich nach der Eröffnung der Kammer eine Vorlage betreffend die Ausdehnung der Wehrpflicht bis zum 42. Jahre einbringen. Dies stimmt mit Crispi's Programm, bei allen Kulturaufgaben des Staates zu sparen, beim Militarismus zu verschwenden. —

Die Ergebnisse der französischen Enquete über die Arbeitszeit werden jetzt vervollständigt wiedergegeben. Man schreibt darüber: „Bei der Umfrage wegen Regelung der Arbeitszeit antworteten 235 Arbeitgeberverbände, 410 Arbeitersyndikate, 64 Handelskammern, 95 Einigungsämter, 34 sogenannte gemischte Komitee. Während von den Arbeitgeberverbänden sich 234 für den Achtstundentag, 36 für den Neunstundentag erklärten, sind sämtliche andere Syndikate fast einstimmig gegen jede Regelung der Arbeitszeit, oder fordern eine solche von 10 und mehr Stunden.“ —

Daß die Handelskammern und die Unternehmerverbände für die Freiheit der Ausbeutung sind, ist für uns nichts Neues. Erst wenn die Enquete uns vorliegen wird, kann über sie geurtheilt werden. Die mitgetheilten Zahlen theilen nicht mehr mit, als wir schon wissen. —

Große Aufregung herrscht in Süd-Frankreich wegen der beabsichtigten Erhöhung der Rohseidenzölle. In der Umgebung Lyons leben Hunderttausende Hausindustrielle von der Seidenweberei. Seit Jahren sind sie von einer schweren Krisis bedrückt. Die Erhöhung der Rohseidenzölle würde bedeutende Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Das Auftreten der Arbeiter ist ein so entschiedenes, daß die französische Kammer kaum den Muth haben wird, dem Regierungsentwurf beizustimmen. —

ruhen, überall hatte sie ihn, lanernd und lachend, hinter sich. Ach, wozu existierte denn solch ein . . . nein, nein, so meinte sie es nicht; natürlich mußte ein Gott existiren; sie liebte ihn, sie liebte ihn; ja freilich liebte sie ihn; er gab ihr ja Kleider, Schuhe, Essen, Trinken, diese Zimmer . . . ach, wenn nur wieder Schule wäre! Sie langweilte sich unermesslich diesen Sommer; es war schrecklich traurig auf Fredheim bei Proprietär Storm. —

In der fünften Klasse gab es noch mehr zu thun, als in der vierten, und die Unterrichtsstunden waren lang wie die Ewigkeit! Ach, wer durchgehen könnte! Selbst in Frau Kahrs' Stunden waren sie schlaf und zerkümmert. Sie unterhielten sich damit, einander Zettel zuzufinden, welche durch mühsame Buchstaben oder Zeichen irgendwie auf das hindeuteten, was sie gerade beschäftigte: „F. M. hat nie einen K. bekommen.“ Fräulein Malthe hat nie einen K. bekommen; — „F. S. wünscht sich schrecklich z. h.“ — Fräulein Strandbu wünscht sich schrecklich zu heirathen.“ In den Schulpausen gebrauchten sie eine ähnliche Sprache und amüfirten sich damit, möglichst derbe Dinge auf solche Art zu sagen, das man sie nicht verstand.

Sie hatten Anfälle von wilder Lustigkeit, hüpfen, tanzen, lachen, schreien. Eine beliebte Übung wurde plötzlich das Schwören und Fluchen. „Was Henker ist das?“ — „wo zum Kukul wilst Du hin?“ Von Jungfer Thorson hatte Fanny ein kleines Fluchwort gelernt, „Boz Clement“, das sie in der Schule einführte; Eoba jagte „bei Gott“, wie sie es von ihrem Vater und ihren Brüdern gehört.

In dem Lesebuch, das in der Schule verwendet wurde, stand ein Volksmärchen, in welchem der Satan erwähnt war. Der heilige Schneider Ewenfen hatte dies entdeckt und es wenig erbaulich gefunden. Er hatte das Märchen mit Bleistift-Strichen umklammert und auf den Rand geschrieben: „paßt für Kinder nicht.“ Dies bemerkte Fanny eines Tages und unter Lärm und Lachen that sie die Sache der ganzen Klasse kund. Die kleine, freundliche Josefine starrte fast vor Verlegenheit: „nicht, Fanny, thu's nicht, Fanny; pui, das ist häßlich von Dir, Fanny;“ aber ihre Bitten verhallten in dem allgemeinen Geläch. „Paßt für Kinder nicht, paßt für Kinder nicht! hahaha, hihih!“ Dies

Die Pariser „Bataille“, redigirt von Diffagaray, dem auch in der deutschen Arbeiterwelt wohlbekannten Verfasser der „Geschichte der Kommune“ (von welchem vortrefflichen Werk eine sehr gute deutsche Uebersetzung im Brade'schen Verlag erschienen ist), enthält mitunter Artikel, die in einem sozialistischen und demokratischen Blatt — und das will die „Bataille“ sein — wirklich nicht stehen sollten. In der letzten Nummer stoßen wir auf einen Grauß, betitelt „uns bataillo perdu“ — eine verlorene Schlacht —, der in dem gemeinsten Chauvinistenblatt nicht gemeiner sein könnte. Die „verlorene Schlacht“ ist das angebliche Fiasco der Koch'schen Endbedeutung, mit der ein dynastischer Schwindel versucht worden, jedoch mißlungen sei. Es wird eine Stelle aus einem angeblich deutschen Blatt zitiert, welches gesagt haben soll, die Koch'sche Endbedeutung sei mehr als eine gewonnene Schlacht, sie sehe Deutschland in Stand, ein paar Millionen Soldaten mehr aufzustellen, und jährlich 100 000 Feinde mehr zu tödten“ — eine Bemerkung, so blödsinnig, daß der Schreiber des Artikels und der Redakteur des Blattes sofort die Unmöglichkeit hätten einsehen müssen. Ferner wird behauptet, die Koch'sche Lunte sei an Menschen probirt worden, statt an Versuchsthieren. Das ist bis zu einem gewissen Grade wahr — das ist aber auch in Frankreich geschehen — und ist erst geschehen, nachdem man sich durch langjährige Experimente an Thieren, so weit es anging, versichert hatte, daß für die Kranken keine gefährlichen Wirkungen zu befürchten waren — und ist mit größter Vorsicht geschehen. Wenn trotzdem in einzelnen Fällen schlimme Folgen eintraten, so war dies nicht die Schuld Koch's und überhaupt unvermeidlich. Es giebt kein Heilmittel — auch das bewährteste nicht ausgeschlossen — das nicht Menschenopfer gefordert hätte.

Wir hoffen, daß Diffagaray solch infamen und heherischen Artikeln die Spalten seines Blattes nicht mehr öffnen wird. —

Der Abg. Dumay kündigte in der französischen Kammer eine Interpellation an über die Ausweisung belgischer Ausländer aus Nevin, während belgische Arbeitgeber noch, obgleich sie geradezu zum Bürgerkriege aufgereizt hätten, unbehelligt geblieben wären. —

Der König von Belgien hat sich geweigert, eine Deputation der belgischen Arbeiter empfangen, welche die Gründe für ihre Forderung des allgemeinen Wahlrechts dem Könige auseinandersetzen wollten. Es geschieht den belgischen Arbeitern schon recht, daß der König ihren Empfang abgelehnt hat. Warum sind sie nicht Volksausbeuter, Bankiers, Bischöfe oder Kommissionsräthe? Nun, den einen Vortheil wird die Sache haben, daß der letzte belgische Arbeiter einsteht, daß der König wohl ein König der Bourgeois, aber nicht der Arbeiter ist. —

Der Riß innerhalb der irischen Partei scheint verkleinert zu sein. Die wochenlangen Unterhandlungen zwischen Parnell, O'Brien, Dillon u. s. w. haben endlich dazu geführt, daß Parnell vorerst zurücktritt. Ueber die näheren Bedingungen werden wir in den nächsten Tagen wohl genaueres erfahren, bis dahin müssen wir uns des Urtheils enthalten. —

Der „Indianerkrieg“ — wenn man eine Reihe von menschlicher Missethaten und Abschlagungen relativ Wehrloser durch die bestbewaffneten Truppen der Welt einen „Krieg“ nennen kann — scheint zu Ende zu sein. Die Gräueltaten waren doch zu stark selbst für die Nerven amerikanischer Geschäftspolitiker — von allen Seiten erdienten zornige Proteste gegen diese Infamien, und so hat man dem „Frieden geschlossen“. Die armen Teufel von halbverhungerten Nothhänden wollten bloß nicht ganz verhungern — sie verlangten genügende Nahrung, nachdem ihre Jagdgründe ihnen von gierigen Landbesitzern gestohlen worden waren. Hätte man die Indianer nicht beraubt und betrogen, und hätte man, nachdem dies geschehen war, auf ihre Klagen gehört, so wäre kein Tropfen Blut vergossen worden und ein Schmutzflack weniger beduelt das amerikanische Sternenbanner — das stolze „Banner der Freien“, das ein Jahrhundert lang über Negersklaven geweht hat, und für die Eingeborenen des Landes zum Leichentuch geworden ist. —

„paßt für Kinder nicht“ wurde von da an in der Klasse zum Sprichwort. Der Name Satan, welcher zur ganzen Geschichte Anlaß gegeben, wurde von den Feinen als Fluch akzeptirt; doch sprachen sie bloß den ersten Buchstaben aus, den Rest fügten sie in ihren Gedanken zu.

Schneider Ewenfen war einer der wachsamsten in der Gemeinde; als er im Lesebuch seiner Tochter den Satan entdeckte, unterrichtete er den Pastor Pustad davon. Leider mußte der Pastor erklären, daß das Lesebuch, welches man bei Frau Kahrs gebrauchte, auch in der Bürgerschule in Verwendung stand; man konnte also aus diesem Anlaß gegen Frau Kahrs nichts vornehmen.

Jedoch in der Stadt redete man bald viel von Frau Kahrs und ihrem Lesebuch. Denken Sie sich, Frau Kahrs hatte in ihrem Institut ein Buch eingeführt, in welchem man fluchte! Es schickte sich nicht für einen anständigen Menschen, so sagen, was drin stand; jedoch es war ein schrecklich ordnärer Fluch und mehrere kleine Mädchen hatten sich denselben schon angewöhnt. Dürften erstere Leute unter solchen Umständen ihre Töchter noch in diese Schule senden?

Ein aus früherer Zeit stammendes Gerücht, daß Frau Kahrs in den obersten Klassen eine Belehrung nach dem Tode lehrte, wurde nun wieder aufgeführt. Einige Personen waren auch in Zweifel, in wie weit Frau Kahrs die Bibel als das Wort Gottes ansah. Sicher war es jedenfalls, daß sie allzu großes Gewicht auf die drei Glaubensartikel legte.)

Frau Kahrs bemerkte, daß man murmelte und murmelte. Jedoch, sie wußte, was es war und kümmerte sich nicht darum. Ihre Schule hatte solche Ungewitter schon öfters durchgemacht.

(Fortsetzung folgt.)

*) Einer der Hauptirrhümer des Grundtvigianismus bestand darin, daß dessen Anhänger nicht die Bibel, sondern das apokryphische Symbolikum als das eigentliche, das „lebendige“ Gotteswort betrachteten. A n n. d. B.

Theater.

Sonnabend, den 15. Januar.
Opernhaus. Zell.
Opernspielhaus. Die Quinow's.
Leistung-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Das Fräulein von Scudery.
Deutsches Theater. Das Wintermärchen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Gondoliere.
Wallner - Theater. Die Sternschnuppe.
Hesseng-Theater. Der selige Loup.
Viktoria - Theater. Die sieben Raben.
Sollalliance-Theater. Die Nachbarinnen.
Ostend - Theater. Verschmit.
Adolph Ernst - Theater. Unsere Don Juan.
Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 77c.
Clara Conrad, Lieber- und Walzerfängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangs-Solist.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Neger-Eccentric.
Gebr. Willmo, musikalische Clowns.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion A. Bödman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausbeute von Vögeln, Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.



Passage-Panopticum.
100 neue
 Gruppen und Figuren.
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Entrée 50 Pfennig.
 Geöffnet u. 10 Uhr Vorm. u. 11 U. Ab.



Castan's Panopticum.
 Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
Amazonen-Truppe
 Weihnachts-Ausstellung.
 Damen-Pavillon.
 Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 u. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Kaiser - Panorama.
 Passage 1 Cr., u. 9 U. bis 10 U.
 Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Rügen. 2. Wanderung d. Russland. 1. Uel. Pariser Weltausstellung. Bertha-Reise. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf., Abonn. 1 M.

F. Stenzel's
Elegante Masken-Garderobe,
 118 Dresdener - Strasse 118,
 empfiehlt sich den Lesern des "Vorwärts" zu billigsten Preisen. 111

Sinderwagen. Das gr. Lager Berlins
 Andreasstr. 23, S. v.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Sonnabend, den 17. Januar 1891,
 Abends 7 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
 zum Benefiz für die Geschwister Fel. Clotilde und Helga Hager unter Mitwirkung der hervorragenden Künstlerinnen und Künstler.
 Aus dem reichhaltigen Programm wird besonders hervorgehoben: **The gold bird** (engl. Vollblut). Hierauf **Sophus** (Traktierer), Schulpferd, ger. v. d. Benefiziantin Fräulein Clotilde Hager. Auftreten der jugendlichen Schulfreierin Fel. Helga Hager (Benefiziantin) mit dem Schulpferd Adgar. Sensationell: Erstes Auftreten des renommierten Original-Natur-Mimikers **Mr. Walton Stanton** (Sahnen-Mensch). 6 irische Jagdpferde, hierauf die 6 großartigen engl. Vollblut-Springpferde, sämtl. 12 Pferde in Freiheit dressirt und vorgef. v. Hrn. Fr. Renz. **„Japan“**, oder: **Die neidischen Frauen des Mikado.** Großes equestriertes Ausstattungs-Divertissement.
 Morgen, Sonntag, 2 Vorstellungen, 4 Uhr Nachm. 1 Kind frei. Nächstd. Abends 7 1/2 Uhr: Japan.
E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
 mit vorzüglich gewähltem Programm.
 Auf vielseitiges Verlangen:
Schul-Quadrille,
 geritten vom Direktor mit seinen Kindern Adele, Max und Ernst.
 Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit,
 Sensationelle Wasser-Pantomime.
 Sonntag, den 18. Januar 1891:
 Zwei große Vorstellungen. Nachmittags 3 1/2 Uhr und Abends 7 Uhr.
 In beiden Vorstellungen: **Circus unter Wasser.**

Evorabräu

vom Faß 2388
 à Glas 10 Pf., 1/2 Liter 20 Pf.
Bruno Feige, Betr.,
 Markusstr. 81, a. d. Frankfurterstraße

Bestes Berl. Weissbier

aus der 2426
Brauerei
Hilsebein N. & B.

wird ohne jeden Wasserzusatz bei folgenden Berliner Schankwirthen (die große Weisse zu 20 Pf., die kleine Weisse 10 Pf.) verabreicht:
Emil Böhl, Frankfurter Allee 74.
Heinrich Hoffmann, Kaiserstr. 4.
Ernst Wagner, Reuterstr. 13.
Adolf Scholz, Kasanien- Allee 85

Allen Westfalen und Freunden der rothen Erde empfehle **Gepök. Kleinfleisch à Pfd. 35-40 Pf.**
Pökel-Schweinerippchen und Einbein 45 Pf.
 und andere Fleisch- und Wurstwaaren zu den billigsten Preisen. 2107
 Zum Fest empfehle **Backbutter à Pfund von 70 Pf.** an.
Westfälische Fleischwaaren-Fabrik und Niederlage.
43 Linden-Strasse 43,
 vis-à-vis der Zimmerstraße.

Jede Uhr
 zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **1,50 Mark.**
 Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1786
Gust. Blenk, (a. d. Auguststr.),
 Rosenthalerstr. 10.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 23, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Martin Klein,
 Uhrmacher,
25 Neue Hochstr. 25
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**
 Reparaturen zu soliden Preisen.
Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 78 J
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II,
 Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet.
 5 J

Meinen Freunden und Kollegen H. Schmidt, F. Gundlach und W. Babe zu ihrem Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch! daß die ganze Gitschinerstraße wadelt. 5 J
Erner von Hevenau.

Meinem Freund C. Schultz (dem Magdeburger) zu seinem Geburtstag ein donnerndes Hoch! 57 J
 Komm heut mit Deiner Matze, Nicht so spät zum Stalkub „Platte“.

Todes-Anzeige.
 Die Beerdigung des so plötzlich verstorbenen Kollegen **Adolph Russ** findet am Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Streiberstr. 51, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht
 202
 Der Vorstand
 der Freien Vereinig. der Seifenmacher und Berufgen.
 J. A.: Wilh. Hoffmann.

Dankagung.
 Herzlichen Dank allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche meinem innig geliebten Mann die letzte Ehre erwiesen haben, und ganz besonders dem Trauerverein und Nachbarverein der Püger, dessen Mitglied der Verstorbene war.
Marie Köppen,
 geb. Zeichgräber.
 88 J

Bereinigung der Drahtarbeiter.
 Sonnabend, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Grenadierstr. 33:
Versammlung.

Arbeiter-Organisation und Kapitalistenverbände. Referent J. Reckner. 189
 Der Vorstand.

Öffentliche
Mitgl. - Versammlung
 der Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeit. für Reinickendorf und Umgeg. am Sonntag, den 18. Jan., Nachm. 2 1/2 Uhr, in Reinickendorf, Am Ende-straße 1 bei Südicke.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassiers. 2. Vortrag über das Alters- und Invaliditätsgesetz. Referent W. Werner. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 255
 Der Vorstand.

Fachv. d. Feilenhauer.
Versammlung
 im Lokale des Herrn Meissner, Gartenstraße 162, Vormittags 11 Uhr.
 150
 Der Vorstand.

Centralverein
deutscher Böttcher.
 Sonntag, den 18. Jan., Vorm. 11 Uhr.
Versammlung
 in Heise's Salon, Lichtenbergstr. 21, 122
 Der Bevollmächtigte.

Den Mitgliedern des **Vereins d. Sattler u. Sattgen.** zur Nachricht, daß die Tagesordnung zu der heute Abend in der Alten Jakobstraße 83 bei Neger stattfindenden Versammlung folgendermaßen lautet:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau über: „Das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz.“ 2. Fragelasten. 3. Verschiedenes. 261
 Da schon lange der Wunsch nach diesem Thema laut geworden ist, ersucht um zahlreiches Erscheinen
 Der Vorstand.

Senefelders Sängerkorps.
 Sonntag, den 18. d. M., früh 8 Uhr.
Eröffnung: Weddingpark.

Aufruf!
 Alle in Berlin weilenden Waldder werden hiermit aufgefordert, sich am Sonntag, den 18. d. M., Nachmittags im Lokal Louisestr. 12 zu versammeln behufs Gründung eines Vereins.
 94 J
Chiele, Arolsen.

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spanbaurbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.**
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbaurbr. 6,
 am Ladeischen Markt. [746

Ich nehme die am 26. Septbr. 1890 gegen die Frau Sophie Müller ausgesprochene Beleidigung hiermit zurück. Berlin, den 26. November 1890.
Marie Joachim.
 5 J

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Zu der Versammlung bei Lips hat sich eine so große Anzahl von Personen (über 1000) durch Einschreiben bereit erklärt, Mitglieder der „Arbeiter-Bildungs-Schule“ zu werden, daß es unthunlich ist, dieselben schriftlich zu benachrichtigen.

Die Betreffenden, sowie alle anderen Männer und Frauen, welche Mitglied werden und dieses Bildungswerk unterstützen wollen, werden daher hiermit ersucht, die **Mitgliedskarte** an einer der nachstehenden Zahlstellen gegen Entrichtung des ersten Monatsbeitrags von mindestens 25 Pf. **recht bald** in Empfang zu nehmen.

Die konstituierende Versammlung (nur für Mitglieder) findet binnen Kurzem statt. 103

Zahlstellen:

- | | | |
|--|---|--|
| C.
Kuhlmei, Rosenstr. 30.
Vogtherr, Landsbergerstr. 64. | N.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
Gleiner, Müllerstr. 174.
Gnaat, Brunnenstr. 38.
Hasenclever, Chausseestr. 49/50.
Kleinan, Gartenstr. 74.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Nürnberg, Schönhauser Allee 28.
Schmidt, Treßdorferstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44. | SO.
Schmidt, Brangelstr. 141.
Schulz, Admiralstr. 40a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Tutzauer, Köpenickerstr. 25.
Zubell, Rannunstr. 86. |
| NO.
Gumpel, Barnimstr. 42. | SW.
Schönfeld, Mariendorferstr. 10.
Wilschke, Junferstr. 1.
" Rathbachstr. 1. | O.
A. Böhl, Rüdesdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Heindorf, Langestr. 70.
Höhne, Eldenaerstr. 2.
Tempel, Breslauerstr. 27. |
| S.
Haugk, Borchstr. 12.
Börner, Ritterstr. 108. | Friedrichsberg.
Lippe, Friedrich Karlstr. 11. | |

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung

am Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, in der **Schubrauerrei, Tempelhofer Berg.**
 Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Vortrag des Herrn Stadtfr. Fritz Zubell: Bericht über Kommunales. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 Der Vorstand.

Bildhauer!!

Am Sonntag, den 18. Januar, Abends 7 Uhr, findet eine **öffentliche Versammlung aller Bildhauer und deren Angehörigen** in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79, statt.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn J. Türk über „Fremdenfreierung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
 117
 Der Einberufer.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin. General-Versammlung
 am Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn J. Türk über Gegenprojekte. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Urabstimmung über die Aenderung des § 5, Absatz 1, des Statuts. 5. Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Mitgliedsbuch legitimirt. Der wichtigen Tagesordnung wegen bietet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
 160
 NB. Am Sonntag, den 8. Februar, findet auf dem Voel, Tempelhofer Berg, unser Wintervergügen statt und sind Willets à 30 Pf. bei allen Vertrauensmännern sowie im Arbeitsnachweis, Prinzessinnenstraße 81, zu haben.

General-Versammlung
 der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen
 Sonntag, den 18. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Fewter, Rängstraße 11.**
 Tagesordnung: 1. Uebertritt der Wandtagisten und Handschuhmacher. 2. Kassenbericht. 3. Jahresbericht. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes.
 Jedes Mitglied wird ersucht, der Wichtigkeit halber präzise zu erscheinen.
 190

General-Versammlung
 des Vereins der Gummi-Arbeiter Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 18. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in **Feuerstein's Festhale, Alte Jakobstraße 75.**
 Tagesordnung:
 1. Vierteljahres-Bericht. 2. Antrag des Vorstandes zu § 7 des Statuts. 3. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder. 4. Vortrag: „Der Drang nach Selbstständigkeit.“ Referent: Stadtverordneter O. Kreis. 5. Diskussion. 6. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.
 80 J
 Der Vorstand.

Bereinigung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Vereins-Versammlung
 am Montag, den 19. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in **Deignüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe, Zentral- oder Lokalorganisation? Referent: Regierungs-Baummeister G. Kehler. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
 185
 Der Vorstand.

Bereinigung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Vereins-Versammlung
 am Montag, den 19. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in **Deignüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe, Zentral- oder Lokalorganisation? Referent: Regierungs-Baummeister G. Kehler. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
 185
 Der Vorstand.

Bereinigung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Vereins-Versammlung
 am Montag, den 19. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in **Deignüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe, Zentral- oder Lokalorganisation? Referent: Regierungs-Baummeister G. Kehler. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
 185
 Der Vorstand.

Bereinigung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Vereins-Versammlung
 am Montag, den 19. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in **Deignüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe, Zentral- oder Lokalorganisation? Referent: Regierungs-Baummeister G. Kehler. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
 185
 Der Vorstand.

Bereinigung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Vereins-Versammlung
 am Montag, den 19. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in **Deignüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe, Zentral- oder Lokalorganisation? Referent: Regierungs-Baummeister G. Kehler. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
 185
 Der Vorstand.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 14.

Sonnabend, den 17. Januar 1891.

8. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Völkicher, von Heyden, von Malhahn, von Marshall.
Die erste Beratung der Anträge Auer und Richter wird fortgesetzt.

Abg. Schuler (Centr., Pfarrer in Istein in Baden): Man darf sich nicht wundern, daß bei der gegenwärtigen Debatte so viele badische Landesländer das Wort ergreifen. Es wird ja auch sonst immerfort auf badische Verhältnisse und badische Enquêtes aufmerksam gemacht. Die Sozialdemokraten, obwohl sie sonst den Teufel als die einzige ausländische Person in der Bibel bezeichnen, haben doch in dieser Debatte auf die von der Bibel geforderte Nächstenliebe verwiesen und derart die Aufhebung der Getreidezölle begründen wollen. Dieser Appell an die Bibel steht aber in keinem Zusammenhang mit der sonstigen Haltung der Sozialdemokratie, die ja keine Almosen will, sondern ein Recht auf Arbeit geltend macht. (Ironischer Zwischenruf aus den Reihen der Sozialdemokraten: „Recht auf Faulheit!“) Wenn Sie es selber sagen, muß es ja wahr sein. (Heiterkeit.) In der Bibel steht aber auch folgender Spruch: „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden.“ Das heißt auf unsere Verhältnisse angewandt: „Du sollst den Arbeiter genügend lohnen.“ Das ist aber nur möglich, wenn dem Landwirth selbst infolge der Schutzölle ein Verdienst ermöglicht wird. In den Kranz von Blüthen, den die Sozialdemokraten für ihre Ansichten aufreichten, will ich hier ein recht hübsches Exemplar einer Blume hineinsetzen. In einer großstädtischen Fabrik soll einmal der Lohn nur 10–12 M. wöchentlich betragen haben. Infolge eines damit zusammenhängenden Prozesses wurde gerichtlich festgestellt, daß solche Löhne in der That als Hungerlöhne bezeichnet werden müssen. Es wurde dann von anderer Seite zugestanden, daß solche Löhne die Arbeiterinnen absolut zwingen, ein gewisses Nebengewerbe zu treiben, wenn sie nicht verhungern wollen. Der Präsident mahnt den Redner wiederholt, nicht von den Hungerlöhnen, sondern von den Getreidezöllen zu sprechen, die der Gegenstand der Verhandlung sind. Aber der Abg. Schuler kann sich von den Hungerlöhnen nicht trennen und bemerkt auf eine erneuerte Mahnung: Ich wollte von den Hungerlöhnen sprechen. Präsident: Und ich will, daß Sie nicht davon sprechen und rufe Sie, weil Sie sich meiner Aufforderung nicht fügen, zur Ordnung. Redner fährt fort: Die Getreidezölle haben den einen Hauptwert, daß sie das Ausland hindern, seine minderwertige Waare auf den deutschen Markt zu bringen. Eine Vertheuerung des Brotes haben die Getreidezölle nicht herbeigeführt, das beweist die Statistik; jedenfalls waren die Getreidepreise früher vor den Zöllen ebenso hoch und höher als jetzt. Außerdem darf man nicht vergessen, daß die vielfachen Verbesserungen der Verkehrswege die Einfuhr erleichtert haben, so daß die Schutzölle die deutsche Landwirtschaft schützen müssen gegen die übermäßige Konkurrenz. Die Petitionen sprechen alle für die Beibehaltung der Getreidezölle, ja es sind mir sogar Zuschriften zugegangen, welche die Erhöhung fordern. Wenn sich die Landgüter höchstens mit 2 v. H. rentiren, wenn zum Theil nicht einmal die Selbstkosten erarbeitet werden, dann kann man doch nicht von glänzender Lage der Landwirtschaft sprechen. Die Mehrzahl des Hauses hat die Wichtigkeit des Bauernstandes erkannt, der gehärt werden muß, weil in den Industriegebieten genug Jügendstoff angebaut ist. Es mag Manchem nicht gefallen, daß wir diese Grundfrage des Staatswesens stärken wollen; aber das sind keine Phrasen, sondern das ist eine patriotische That. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Schuler (Soz., Königsberg): Wenn auch an eine Annahme des von meiner Fraktion gestellten Antrages nicht zu denken ist, so bin ich doch der besten Ueberzeugung, daß die Macht der Verhältnisse Sie über kurz oder lang zwingen wird, mit einem System zu brechen, welches auf solche Weise die große Masse des Volks belastet. Daß diese Erkenntnis auch auf dem Lande sich mehr und mehr Bahn bricht, beweist der Zuwachs sozialdemokratischer Stimmen in ländlichen Wahlkreisen, obwohl von uns dort fast gar nicht agitiert worden ist. Hätten wir beispielsweise in Ostpreußen eine größere Agitation entfaltet, so würde es gewissen Herren sehr schwer geworden sein, in den Reichstag zu kommen. Meine Partei wäre die erste, wenn es gälte, einer bestimmten Klasse zu helfen, weil sonst das Ganze litte. Der Getreidezoll kommt aber nicht dem kleinen Grundbesitz zu Gute — und dies sind 80 pCt. — sondern wesentlich dem Großgrundbesitz, der dieser Hilfe nicht bedarf. Der Getreidezoll vertheuert das Brot, denn wir sind auf die Einfuhr von Getreide angewiesen. In Königsberg wurde an der Börse inländisches Getreide über 40 M. höher notirt, als Transit, d. h. russisches Getreide. In Danzig stieg diese Differenz sogar bis auf 50 M., und so viel macht der Zoll aus. Dazu kommt die Preissteigerung der übrigen Lebensmittel. Der arme Mann ist trotz der hohen Zölle kaum weniger wohl, wenn auch zugegeben werden muß, daß er sich mehr der Kartoffel zugewendet hat. Die Lebenshaltung der kleinen Leute hat sich also entschieden verschlechtert. Dies gilt insbesondere von meinem Wahlkreise Königsberg. Königsberg war der Haupt-Handelsplatz für Ostpreußen, nicht bloß für das ostpreussische Getreide, sondern hauptsächlich für den größten Theil des russischen Getreides. Durch die Getreidezölle ist Königsberg an den Abgrund des Ruins gebracht worden. Die dortige Arbeitslosigkeit hat zu den bedenklichsten Folgen Veranlassung gegeben. Im vorigen Jahre schaarnten sich Tausende von Arbeitern vor dem Rathhause zusammen und verlangten von dem Bürgermeister Arbeit. Das ist die Folge einer solchen unglückseligen Wirtschaftspolitik. Daß der Westen mit den Zöllen zufrieden ist, begreife ich, denn dort ist der Boden ergebiger. Auch die Vermehrung der Auswanderungsgewinne aus den östlichen Provinzen beweist, daß die Zölle ungünstig gewirkt haben. Im Jahre 1889 betrug die Auswanderung aus dem ganzen Deutschland 90350 Personen. Aus West- und Ostpreußen, Posen und Pommern sind allein nicht weniger als der dritte Theil dieser Zahl ausgewandert. Man wandert aus, trotzdem man weiß, daß Amerika kein Land ist, wo jetzt noch Reichthümer zu erwerben sind. Dazu kommt die Einfuhr der Grenzsteuer, welche der Landwirtschaft gar nicht einmal genügt, dagegen dem armen Mann das Fleisch vertheuert hat. Wenn die Regierung nicht an die Vertheuerung der Lebensmittel geglaubt hätte, so hätte sie nicht im vorigen Jahre die Erhöhung der Beamtengehälter beantragt. Sie sieht wohl selbst ein, daß auch für den Soldaten höhere Preise für Brot, Fleisch und höhere Futterpreise für die Pferde gezahlt werden müssen. Man sagt, die Zölle schaffen dem Arbeiter mehr Arbeit; ich bebreite das. Wollen Sie dem Arbeiter wirklich mehr Arbeit verschaffen, so nehmen Sie die von uns gestellten Anträge an. Der Graf Kanth hat behauptet, daß der Lohn der Bergarbeiter um 20–30 pCt. gestiegen wäre. Selbst wenn diese Steigerung wirklich eingetreten wäre, so stünde dem doch die Erhöhung der Lebensmittelpreise um mindestens 20 pCt. gegenüber. Außerdem wäre sie lediglich eine Folge der Steuers der Bergarbeiter. Aus freien Stücken hätte man den Bergarbeitern den Lohn nicht erhöht. Infolge der Zölle haben die Arbeiter, die kleinen Beamten ihre Bedürfnisse einschränken müssen, auch die Bauern. Wirkliche

Vertreter des Bauernstandes und der niederen Landwirtschaft werden hier nicht eher zu Worte kommen, als bis sich meine Partei darüber hermacht und ein Duzend Bauern als Abgeordnete hierher zitiert. (Heiterkeit.) Man sagt, es sei unsere Absicht, den Bauernstand zu verschulden, um ihn zu uns herüberzuziehen. Ständen wir wirklich auf so wahrhaftigem Standpunkte, was würde uns ein verschuldeter Bauernstand helfen? Von einer Partei, die daraus ausgeht, die Massen zu verarmen, zu verschulden und zu proletarisiren, würde sich das Volk sicher abwenden; das wäre für uns nur der reine Selbstmord. Im Gegentheil, wir wollen dafür sorgen, daß die Ungerechtigkeit beseitigt wird; für die Proletariatien sorgt die rechte Seite des Hauses. Wir wollen das Proletariat aus der Welt schaffen durch Befreiung der erbärmlichen Zustände. Selbst Mittergutsbesitzer aus Ostpreußen haben mir versichert, daß eine Verbesserung in der Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter und der kleineren Landwirthe in keiner Weise eingetreten sei, das Leben vielmehr viel schlechter sei als vor den landwirthschaftlichen Zöllen. Und dazu ist nicht der Gledlohn, sondern der Naturallohn vorberührend. Die Wohnungen der landwirthschaftlichen Arbeiter im Osten sind zehn Mal schlechter als die Schweineställe so mancher Grafen im Westen. Die Leute müssen ihre Fenster mit Brettern vernageln gegen die Kälte und den Luftzug; der Gutsbesitzer läßt ihnen keine Scheiden einsehen. Auch die Behandlung ist erbärmlich. In dem Reichstags-Wahlkreise des Herrn v. Kardorf hatte ein Knecht sich allerdings eines Diebstahls schuldig gemacht (aha! rechts), er stahl aber nicht für seine Person, sondern für die Pferde seines Herrn, denn er nahm, weil er nicht genügend Futter bekam, um die Pferde gut erhalten zu können, selbst das Futter vom Boden herunter. Sein Herr stellte ihm die Alternative, ob er ihn dem Gericht übergeben oder 24 Peitschenhiebe geben solle. Der Knecht glaubte nicht an die Robheit seines Herrn und wählte in seiner Angst die 24 Peitschenhiebe. Der Herr nahm seine Reitpeitsche und zog ihm 24 über, so daß der Knecht acht Tage davon krank war. (Große Ausrufe rechts; Rufe: Namen nennen!) Das geschah im Wahlkreise des Herrn von Kardorf. (Zwischenrufe links.) Gewiß war es ein Konfessionärer. (Heiterkeit. Rufe: Namen nennen! Kornzölle!) Die Stimmen des Herrn v. Kardorf bei der Wahl sind auch um 3000 heruntergegangen. (Rufe rechts: Kornzölle!) Ja, gerade infolge der Kornzölle! (Rufen rechts.) Die verantwortlichen kleinen Leute, oppositionell zu stimmen. Herr Jörn v. Balach schildert die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen mit sehr großer Farbe und meint, die dortigen Bauern wünschten eher eine Zoll-erhöhung. Gewiß, der Appetit kommt eben mit dem Essen. Es ist drastisch, daß die Herren aus Elsaß-Lothringen immer dann da sind, wenn es gilt, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, während sie sich sonst nicht um die Interessen des Reichs kümmern.

Vizepräsident Graf Valleström: Der Redner beschuldigt die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, daß sie nur ihre Privatinteressen wahrnehmen und sonst nicht die Interessen des Reichs. Das widerspricht der Ordnung des Hauses, ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Weifall rechts.)

Abg. Schuler (fortfahrend): Es ist nicht meine Absicht, zu behaupten, daß die Herren ihre Privatinteressen vertreten. Herr Jörn v. Balach behauptet, die kleine Gemeinde Gravelotte nehme infolge der Kornzölle 8000 M. mehr ein. Die 8000 M. müssen doch von irgend Jemand bezahlt werden. Wer bezahlt sie nun? Die Zuständigkeit ist in Elsaß-Lothringen durchaus nicht so sehr allgemein vorhanden; wie sollte ich sonst die Wahl meines Parteigenossen Hidel in Rülhausen deuten? Der Hinweis auf das Christenthum ist sehr unglücklich gewählt. Aus dem Getreide entsteht das Brot, und Brot ist in Bezug auf das Christenthum eine geheiligte Speise, welche die Apostel und Jünger Jesu in alle Gemeinden trugen. Ich bedauere von meinem atheistischen Standpunkte, daß Sie dem Volke diese christliche heilige Speise vorenthalten. (Lachen rechts.) Was ist Ihr Christenthum, wenn Sie es nur im Munde führen? Man sagt, das Reich brauche doch die Einnahmequelle der Zölle. Der Abg. Windthorst will nur bewilligen, was wir durchaus brauchen. Es ist aber immer mehr und mehr bewilligt worden. Unsere Ausgaben müssen unter allen Umständen reduziert werden. Was sollen wir bei den fortgesetzten Anleihen in Zukunft machen? Wir sollen für den Krieg gerüstet sein. Glauben Sie mit Ihren Armeen allein den Sieg erkämpfen zu können? Zum Kriegszweck gehört Geld und noch mehr Geld und abermals Geld. Ein wirtschaftlich ruinirtes Volk kann weder die Militärlast noch den Krieg aushalten. Geht das so weiter, so müssen wir bei einer Kriegserklärung sofort abräumen und Frieden schließen, weil das Geld fehlt. Never kurz oder lang muß doch eine Aenderung eintreten. Eine geeignete Einnahmequelle wäre das direkte Steuersystem. Es ist leichter, eine Steuer in barem Geld mit einem Mal zu zahlen, als Tag für Tag und Woche für Woche indirekt. Aber das Volk soll eben nicht wissen, wieviel an Steuern es zahlen muß. Eine direkte Steuer läßt sich auch gerechter verteilen, wirkt nicht so als Kopfsteuer wie die Getreidezölle, bei denen die größte Familie den größten Steuerjah zahlte. Herrn Bebel wirft man vor, daß er den armen Leuten das Weinachtsfest vergalle. Das ist allgemein geschrieben, die Weihnachtsgeschenke sind fortgesetzt erbärmlicher geworden. Immer größere Kreise der Bevölkerung werden von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es so nicht weiter geht. Wähler, die bei der letzten Wahl noch streng konservativ gewählt haben, haben mich gebeten, hier dafür einzutreten, daß endlich einmal eine Verbilligung der Nahrungsmittel erfolge. Wenn Sie auf dem bisherigen Wege fortfahren, haben Sie (rechts) zu fürchten, daß Sie bei der nächsten Wahl noch weitere Stimmen verlieren. Die Landwirtschaft ist auf anderem Wege zu heben. Bei der heutigen Privatwirtschaft kommen die Naturkräfte nicht zur vollen Entfaltung, können die technischen Fortschritte nicht ausgenutzt werden. Die ganze Entwicklung drängt wie bei der Industrie auch bei der Landwirtschaft darauf hin, die kleinere Produktion durch die größere zu verdrängen. Wir müssen deshalb einem anderen Wirtschaftssystem die Bahnen ebnen, das kommen wird und muß. Die Sozialisirung der Gesellschaft wird sich immer mehr vollziehen, und durch die Vertheuerung der Nahrungsmittel werden Sie sie am allerwenigsten aufhalten. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Mirbach (Dt.): Die Geschäftsflutung in Königsberg entsprang der schlechten Ernte von 1888 und der dadurch verminderten Kaufkraft der Landwirthe der Provinzen und von den hohen Preisen wissen die dortigen Landwirthe nichts. Als ein freisinniger Abgeordneter davon reden wollte, wurde er sehr unanständig zur Thüre gesetzt. Daß bei der Behandlung der Leute einige Rohheiten vorkommen, die ich bedauere, ist möglich. Aber der Borredner hätte doch auch mittheilen sollen, welche großartigen Wohlthätigkeits-Anstalten, Hospitäler u. s. w. der Großgrundbesitz fast über seine Mittel hinaus geschaffen hat. (Zustimmung rechts.) Nicht der Mangel an Grund und Boden, nicht die Unmöglichkeit des Erwerbs eigenen Eigenthums treibt die Leute aus dem Lande; es finden Zwangsverläufe genug statt. Aber die Leute, welche sich selbstständig machen wollen, haben keine Winterarbeit. Die finden sie nur da, wo die großen Güter mit ihren großen Forsten vorhanden sind. Ich komme nun zu Herrn Barth. Die freisinnige Partei hat allen Maßregeln

widersteht, welche die Volksausbeutung hindern sollen; sie hat der Vorksteuer widersprochen wie den Getreidezöllen; sie ist auch die einzige Partei, welche in der Währungsfrage geschlossen stimmt. (Aha! links. Große Heiterkeit.) Herr Barth bezeichnet den Grund und Boden als Kapital. Das ist allerdings nach dem römischen Recht der Fall. Aber für die Erhaltung des Staates ist nicht der Grundbesitz wichtig, der verkauft wird, um möglichst hohen Gewinn daraus zu ziehen. Es scheint mir, als wenn dem Herrn vorschwebte eine Expropriation der Grundbesitzer durch Verabdrückung der Rente der Landwirtschaft. Man will die jetzigen Grundbesitzer wegbringen. Ein christlicher Staat dürfte sich darauf nicht einlassen, und die Landwirtschaft wird sich das nicht gefallen lassen. Diejenigen, die mit Grundstücken handeln, will ich nicht schämen. Die Hauptfrage ist, ist der seit Jahrzehnten auf seiner Scholle sitzende Bauernstand noch im Stande, sich zu halten? In der letzten Zeit war das nicht der Fall. Der Staat hat aber ein Interesse daran, den Bauernstand zu erhalten. Wenn die freisinnigen Gegner der Sozialisten sein wollen, dann müßten sie ihre Agitation etwas anders einrichten. Ich erinnere an das Bild von dem alten Manne und dem dünnen Manne; ersterer in dem geeigneten Oesterreich, letzterer bei uns. Das muß auf den gewöhnlichen Mann, der den Zusammenhang der Dinge nicht kennt, vergeistend wirken. Ich erinnere ferner an das Lied: „Frei muß das Brot sein und frei das Licht!“ (Beifall der Altiengeellschaft „Fortschritt“.) Redner verliest dasselbe. (Heiterkeit rechts. Sehr wahr! Sehr richtig! links.) Der gewöhnliche Mann weiß gar nicht, daß die minimale Besteuerung von Petroleum u. s. w. für ihn selbst ein Schutz ist. (Große Heiterkeit links.) In der Wahl ist ein Wahlausflug der freisinnigen und Demokraten erschienen, welcher sich für die Alters- und Invalidenversicherung erklärt, trotzdem die Herren Richter und Schrader sich doch sehr energisch dagegen erklärt haben. Man sollte auch bedenken, daß diese Vertheuerung die Landwirtschaft belastet, und ihr deshalb die Einnahme aus den Getreidezöllen nicht schmälern. Die Anträge sind allerdings eine Folge der Wahlthat; aber ob Sie jetzt mit Stolz und Freude auf die Verhandlungen zurückblicken, weiß ich doch nicht. Einen Effekt hat Herr Richter erzielt: Es ist eine Beunruhigung eingetreten, man fürchtet eine Ermäßigung der Getreidepreise. Die Gutsherrn werden davon nicht berührt, aber diejenigen, welche sich in einer Nothlage befinden, werden ruiniert; es werden sehr viele Existenzen vernichtet werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Sozialdemokraten haben sich offen bekannt zur Expropriation des Grundbesitzes. Herr Richter hat sich auch für die vollständige Abschaffung der Getreidezölle erklärt; es besteht in dieser Beziehung kein Unterschied zwischen ihm und den Sozialdemokraten. Alle Auslassungen Richters tragen einen agitatorischen Anstrich; ich bin erst heute im „Reichsfreund“ so angegriffen, daß man mir nur mit Vorsicht gegenüberzutreten wird. (Heiterkeit.) Ob das gerade hübsch ist einem Kollegen gegenüber, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Aber die Angriffe gegen mich sind ja nichts gegen die Angriffe auf den Reichskanzler. Diese Angriffe sind charakteristisch für den Träger der Kornzoll-Viga, die ja erfreulicher Weise im Zoologischen Garten ihren Anfang nahm. (Heiterkeit.) In dem Punkte hat Herr Richter recht; die Macht der Verhältnisse ist härter als der Wille des Menschen. Wenn ich fürchten müßte, daß die wüste demagogische Agitation, welche Alles umstürzen will, irgend welchen Erfolg haben würde, dann würde ich für die Zukunft des Vaterlandes besorgt sein; aber die Agitation wird nichts erreichen. (Zustimmung rechts.) Die landwirthschaftlichen Zölle sind durchaus nicht systematisch durchgeführt; für Gerste und Mais sind auf Wunsch der bayerischen Regierung niedrigere Tarife eingeführt, sehr gegen den Willen der bayerischen Landwirthe. (Hört! rechts.) Wenn man etwas schaffen will für die Landwirtschaft, dann gebe man ihr die Zollfreiheit und ermögliche ihr die Schaffung von Koalitionen, wie sie die Industrie hat. Die einzige Koalition, welche versucht wurde für die Spiritusindustrie, ist nicht zu Stande gekommen. Von der Industrie werden die Schutzölle viel mehr ausgenutzt, als von der Landwirtschaft. Wenn den Arbeitern auch durch die Zölle ihre Bedürfnisse etwas vertheuert werden, so sollte man doch bedenken, daß durch die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung den Arbeitern im Beharrungszustande 200 Millionen Mark zufließen. Der sozialistische Staat, in welchem doch die landwirthschaftlichen Arbeiter ebenso gelohnt werden müßten wie die industriellen Arbeiter, könnte nur bestehen bei einer beschränkten Anzahl von Menschen und bei einem absoluten Prohibitivsystem. (Weifall rechts.) Das mobile Kapital weiß sehr wohl, wo etwas zu verdienen ist; an die Landwirtschaft geht es nicht heran. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb muß dieselbe geschützt werden. Unser Schutzsystem ist ein großes Mädelwerk, in welchem nicht ein Rädchen entbehrt werden kann. Deshalb bitte ich Sie die Anträge abzulehnen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Wetten (Z., Bayern) hebt hervor, daß der entwickelte Verkehr jetzt einen Schutz der Landwirtschaft und der Industrie gegen die auswärtige Konkurrenz erfordert, namentlich auch wegen der sozialpolitischen Gefährdung, welche den Deutschen erhebliche Lasten auferlege. Redner sucht dann im Einzelnen nachzuweisen sowohl bei den Getreide- als bei den Fleischpreisen, daß der Konsument nicht den Zoll trägt, daß die Preisverwahnungen auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Redner bleibt aber in den Einzelheiten auf der Tribüne unverständlich.

Die Diskussion wird geschlossen.
Die Abg. v. Frege, Klemm (Sachsen), Goltz, v. Münch, Dinkel und Bödel erklären zur Geschäftsordnung, daß ihnen durch den Schluß der Diskussion das Wort abgeschnitten ist. Der Letztere fügt hinzu, daß seine politischen Freunde mit aller Energie für die Erhaltung der Zölle, namentlich der Schutzölle, eintreten werden.

Das Schlusswort für den Antrag Auer erhält
Abg. Schumacher: Die von der linken Seite des Hauses für die Befreiung resp. Ermäßigung der Lebensmittelzölle vorgebrachten Argumente sind nicht widerlegt worden. Ich bin überzeugt, daß die „Macht der Verhältnisse“, von der eben der Graf Mirbach sprach, den Bruch dieses Zollsystems herbeiführen wird. Unser Antrag kommt, weil er ein Gefehentwusstsein ist, jetzt nicht zur Abstimmung. Die zweite Lesung wird erst später stattfinden, da noch andere Anträge vorliegen, deshalb stimmen wir ohne Aufgabe unserer Prinzipien jetzt für die freisinnigen Anträge.

Abg. Richter: Nach dem Grafen Mirbach soll ganz Ostpreußen einmüthig zusammenstehen gegen die Ermäßigung der Getreidezölle. (Sehr richtig! rechts.) Sehr unrichtig! Denn im Landesökonomie-Kollegium war die einzige Stimme gegen eine Demonstration für die Getreidezölle, die des Generalsekretärs des landwirthschaftlichen Vereins für Littauen und Masuren. (Hört! links.) Ein Mißtrauensvotum gegen diesen Mann wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. (Hört! links.) In der geistreichen Zusammenhangslosigkeit, welche den Grafen Mirbach auszeichnet (große Heiterkeit), hat er auch seine Wahl-schmerzen vorgebracht. Er verdankt seine Wahl zwei Kategorien von Leuten: kleinen Leuten, von denen er heute gesprochen hat, die den Zusammenhang der Dinge nicht erkennen, die nicht erkennen, daß Graf Mirbach ein Vertreter ist, der die Interessen der kleinen Leute schädigt, der durch seine Ab-

Stimmungen es dahin gebracht hat, daß nach der schlechten Ernte kleine Leute genötigt gewesen sind, noch Saatgetreide zu kaufen zu dem durch die Kornzölle vertheuerten Preise. Die zweite Kategorie sind die, die sich vor dem Herrn Landrath fürchten und allen Dingen, die ihm ungelich sind. In dem Augenblick, wo der Oberpräsident von Schlesien und ähnliche Beamten verfehlt würden aus Thüringen, verschwand nicht nur der Herr von Schiedmann aus seinem Wahlkreis Lissa, sondern es würden große Wandlungen in der Provinz Preußen überhaupt eintreten. Was bei der letzten Wahl in Gumburg-Ortelburg dem Grafen Mirbach passiert ist, daran bin ich ganz unschuldig; ich habe nachträglich davon gehört. Das ist nicht über eine kleine Niederlage hinweggegangen, denn zur Zeit ist Graf Mirbach zum Schlichter noch nicht reif. (Große Heiterkeit.) Es hat aber hingereicht, ihn in jene Wahlergebnisse zu versetzen, der er Ausdruck gab, und die mir erklärlich ist, da er schon einmal einem kurzen Handreich meines Freundes Dr. Richter zum Opfer gefallen ist. Kein Engel ist so rein, muß man sagen, in Bezug auf Agitation, wenn man die Rede des Grafen Mirbach angehört hat. Die gegenwärtige Gesetzgebung, die wir belämpfen und die zu unserem Antrag geführt hat, ist durch die Agitation der Agrarier, die ausging von dem Kongress der Landwirthe, von der Gesellschaft der Steuer- und Wirtschaftstreuer, zu deren Führern und geistigem Mittelpunkt der Graf Mirbach selbst gehört, herbeigeführt. Da ist eine Agitation erzeugt worden, der alle Agitation von unserer und sozialdemokratischen Seite nicht das Wasser reicht. (Gelächter rechts.) Von agrarischer Seite ist im Jahre 1877-78 in Verbindung gegen das bewegliche Kapital, gegen Handel und Gewerbe, gegen ganze konfessionelle Richtungen Alles versucht worden, um die Gesetzgebung der ersten Periode des Fürsten Bismarck abzuändern und in die Gesetzgebung zu versetzen, die wir heute belämpfen müssen. Nun fühlen sich die Herren beunruhigt, wenn wir versuchen, unsererseits diese nachtheilige Gesetzgebung allen Klassen der Bevölkerung zu kennzeichnen. Niemand kann schärfer unterscheiden als ich zwischen demagogischer und erbaulicher Agitation. (Als! na! rechts.) Demagogisch ist solche, die Unzufriedenheit erregt, aber nicht die Mittel zeigt, wie man die Zufriedenheit herstellen kann. Um dies zu zeigen, haben wir den Antrag eingebracht, der Alles klarlegt in welcher Weise wir den gegenwärtigen Uebelständen abhelfen können. Graf Mirbach stellt es so dar, als ob wir die Vertreter des beweglichen Kapitals wären. Ich, die großen Vertreter des beweglichen Kapitals sitzen zumeist in ganz anderen Reihen; es giebt Besitzer große Güter, die nebenbei auch ein bißchen bewegliches Kapital haben (Heiterkeit links), die sich nicht scheuen, Spekulationen zu machen, die ich mir niemals erlaubt habe. Man hält manche Spekulationen in Spiritus und Zucker für erlaubt, die man in Effekten für unanständig hält. Sie sprechen vom Bankgeschäft. Haben wir 32 Mann der letzten Session das Bankgeschäft gemacht? Nein, die Mehrheit des Hauses im Sinne der Regierung zur Schonung des Kapitals. (Lachen rechts.) Wir wollen nicht um 1/2 Pft. mehr oder weniger Dividende feilschen, weil wir nicht wollen, daß der Reichsbank als reiner Staatsbankrott Handel und Kapital unterthan gemacht wird. Deshalb haben wir für das Bankgeschäft gestimmt. Wir haben gegen die Wörtensteuer gestimmt (Lachen rechts), weil wir gegen alle Steuern auf den Verkehr und den Umsatz sind. Sie nehmen dabei immer jene Steuern an, die auf Produkten gelegt sind; die wollten auch Sie freilassen und nur Effektenumsätze mit Steuern belegen. Heute weiß Jeder, daß diese Wörtensteuer nichts weniger als die reinen Kapitalisten und Wähler an der Börse trifft, sondern daß diese es verstehen, von ihren Kunden und kleinen Leuten sogar mehr zu erheben, als sie an Steuern auslegen. (Sehr richtig! links.) Sie werfen uns vor, daß wir gegen das Bücherrecht gestimmt haben, als ob wir den Bücher beschnitten. Aus unseren Reihen ist Schulze-Dehnbach entstanden, der mit Gründung seiner Vorlesung- und Kreditvereine gegen den Bücher mehr gethan hat, als zwölf Bücherbesitzer erreichen. (Sehr richtig! links.) Wir haben gegen das Bücherrecht gestimmt, weil wir es als kein taugliches Mittel gegen den Bücher erachteten, sondern als geeignet, den Bücher nur noch raschirter und verderblicher zu machen. Heute sieht man, daß das Bücherrecht nicht seinen Zweck erfüllt und die Beschränkungen bestätigt hat, die wir damals denselben entgegenstellten. Graf Mirbach sprach von den alten Geschlechtern, die seit Jahrhunderten auf väterlichem Erbe sitzen. (Lache rechts: Bauern!) Ja, er sprach vom Bauern. Von den Bauern sitzen recht wenige auf allem, ererbtem Besitz. (Oh! rechts.) Die alten Bauern sind unter der ungünstigen Nachwirkung des dreißigjährigen Krieges verschwunden. Das der Bauernstand heute besitzt, verdankt er dem Liberalismus (Lachen rechts), denselben Grundbesitz der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung, die Sie hier belämpfen. Die Junker, die Friedrich Wilhelm III. nach Spandau schickte, sprachen in derselben Tonart, die heute dem Grafen Mirbach eigenhämlich ist. Alle Achtung vor den alten Geschlechtern, die auf ererbtem Grund und Boden sitzen und in der Erinnerung an ihre Vorfahren noch heute vorankommen den anderen Besitzern in der Beförderung des Fortschritts auf wirtschaftlichem Gebiete und in der Landwirtschaft, aber keine Achtung von jenen Heruntergekommenen und verlumpten Geschlechtern, die nur durch Privilegienwirtschaft sich im Besitz erhalten wollen, was ihnen in ihrer Verschwendungssucht und Wirtschaft sonst unmöglich ist, die in drastischen Gegenstoß zu ihren Vätern sich nämlich auf ihrem Besitz erhalten. (Große Unruhe rechts.) Das wollen wir nicht dulden im Interesse des Bauernstandes. Denn dieser bestellte Großgrundbesitzer, der letzte Rest feudaler Idealkommissionen ist Schuld daran, daß der Bauernstand in den blühenden Provinzen nicht in derselben Weise auskommen kann wie in Gegenden, wo die französische Herrschaft mit dem Feudalhofen mit eisernem Besen ausgeräumt hat. Darum wandern die Leute zwar nicht gerade aus Preussisch Holland und Pommern, aber aus den Provinzen Pommern und Posen, wo der fideikommissarische Besitz am umfangreichsten ist, in Schaaeren nach anderen Welttheilen aus, weil sie infolge der Gesetzgebung eigenen Besitz nicht erlangen können. Hätte doch die konservative Partei bei der Abstimmung über das Alters- und Invaliditätsgesetz den Laiken denselben Rechnung getragen, anstatt solchen Ansichten zu folgen, die damals der Abg. v. Plügge vertrat, daß es besser sei, der Regierung zu folgen, als seiner eigenen Ueberzeugung. Die Laiken dieses Gesetzes treffen nicht bloß die Großgrundbesitzer, zum Theil die besitzlosen Arbeiter selbst, und diese Zwangsversicherung fällt ebenso schwer auf Gewerbe und Handel, die von keinem Schutzoll Vortheil haben. Ein Grundlag der preussischen Gesetzgebung ist es, bei großen Anforderungen an einer Stelle Befreiungen an andere herbeizuführen, damit die großen Lasten zu erschwingen sind. Graf Mirbach ist freihändler und für wirtschaftliche Freiheit, soweit er auch aus dem Ausland Arbeiter beziehen will, wenn er diese billiger bekommen kann. (Widerspruch rechts.) Den Grundlag erkenne ich an, aber wer die Arbeiter so billig haben will, hat die christliche Barmherzigkeit, den billigen Arbeitern die billige Ernährung nicht künstlich zu vertheuern. (Sehr wahr! links.) Ihre nationale Wirtschaftspolitik besteht darin, daß Sie einen Hammel so theuer wie möglich an das Ausland verkaufen wollen, umgekehrt aber auf dem nationalen Markt zu verwehren wollen, das Korn so billig zu kaufen, wie wir es beziehen können. Soviel über die Rede des Grafen Mirbach, die nur eine stereotype Wiederholung seiner früheren war. (Gelächter rechts.) In den agrarischen Landsturm, der seit vier Tagen gegen unseren Antrag geht, ist der elsässische Brigade von unseren Gegnern besondere Anerkennung zu Theil geworden. Herr v. Kardorff hob besonders hervor, daß in Frankreich alle wahren Liberalen, alle Demokraten derselben Ansicht huldigen bezüglich der Schutzollpolitik wie hier die rechte Seite. Heute spricht Herr von Kardorff Namens der staatsverhaltenden Parteien gegen uns. Wie lange ist es her, da wurde von jener Seite, wenn

wir in einer Abstimmung mit der Polen und Elsässern und zumamenten, gerade darin ein Kennzeichen erblickt, daß es nicht auf Staatsverhaltung abgesehen sei, sondern daß man der Reichsfeindschaft dringend verdächtig sei. (Große Unruhe.) Wir haben nichts gemein mit dem französischen Liberalismus, der heute noch nicht zur Einführung einer Einkommensteuer in den Gemeinden kommen kann, sondern durch hohe Abgaben die Laiken der Minderwohlhabenden auferlegt, nichts gemein mit dem französischen Liberalismus, der das Stellvertreterssystem im Heere zu Gunsten der Besitzenden aufrecht erhalten hat, bis es nicht mehr ging. Nichts gemein mit dem französischen Bourgeois, die nur ein Herbild des Liberalismus ist, nur Einkauf auf die Staatsleitung gewinnen will im Interesse einer Klasse. Herr von Bismarck spricht von der Auswanderung, warum erklärt er nicht lieber das Problem, warum in Frankreich fortgesetzt die Bevölkerung stärker abnimmt als in anderen Ländern? Wie kann man aus Frankreich als Muster hinstellen, das in einem Jahrhundert sieben Mal seine Verfassung geändert hat? Herr v. Kardorff sprach von meinen Lebensgewohnheiten. Dazu gehört es nicht, wie mir fälschlich nachgesagt wird, gegen die Regierung unter allen Umständen zu opponieren, zu negieren, zu negieren. Gerade umgekehrt! Herr v. Schallha sagt uns: rechter Hand, linker Hand, Alles verkauft. Nein, links von seiner Hand ist nichts verkauft, wir sind die Alten, wir haben Herrn v. Caprioli in der Militärrologe belämpft, weil sie nicht sachlich gerechtfertigt war und unterließen ihn bei dem Besuche der Handelsverträge, weil wir diese Politik für gerechtfertigt halten. Wir treiben sachliche Politik (zu wehl! rechts) niemals persönliche. Ich schäme den fehlenden Reichsminister gegen unerschütterliche Angriffe, weil es da auch die Pflicht der Parteien ist, die sonst der Regierung fern stehen. Herr von Kardorff hat es gewissermaßen als persönlichen Sport von mir hingeworfen, den Fürsten Bismarck anzugreifen. Allerdings, ich habe den Fürsten Bismarck hier angegriffen zu einer Zeit, als er, um in der Sprache des Herrn von Kardorff zu reden, noch der Löwe des Tages war, und zwar in dem Maße immer schärfer, als seine Wirtschaftspolitik immer mehr entgegengesetzt war derjenigen, die er in den ersten 14 Jahren seiner Regierung verfolgt hat. Als 1862 Fürst Bismarck im preussischen Abgeordnetenhaus jene Handelspolitik einleitete, zu der jetzt sein Nachfolger zurückkehrt, hat die Fortschrittspartei im bestigsten Militärfunktion, im Konflikt um die Verfassung sich nicht abhalten lassen, ihn darin zu unterstützen; und als er 1873 den Antrag vor den Reichstag brachte, sofort die Eisenbahnen im Interesse der Landwirtschaft aufzuheben, habe ich Ihnen, wenn Sie darauf Werth legen, bewiesen, daß ich kein Gegner der Landwirtschaft bin und bin in Bunde mit jenen Herren auf der äußersten Rechten, die mir heute als agrarische Partei gegenüberstehen, für die Regierungsvorlage eingetreten, obwohl damals ein Mandat für mich wegen dieser Haltung in Frage stand. Aber freilich, ich konnte meine Ansicht nicht deshalb ändern, weil nach einigen Jahren Fürst Bismarck selber seine Ansicht in das Gegenteil verkehrte. Nachdem er im November 1875 erklärt hatte, er wolle mit unserer Hilfe alle Schutzzölle beseitigen und nur Finanzzölle bestehen lassen, verkehrte er dann seine Politik in das gerade Gegenteil und strebte danach, Schutzzölle auf alle Artikel zu legen. Von dem Augenblick an haben Sie auf der rechten Seite sich gedreht. (Sehr richtig! links.) Alles, was Sie heute mit so vieler Ueberzeugung vertreten, ist nicht ursprüngliche Ansicht, sondern haben Sie sich angeeignet, nachdem Fürst Bismarck vorangegangen. (Sehr richtig! links.) Aber es ist eine alte Erfahrung, je neuer man in seinen Ansichten ist, um so sonatischer, und man glaubt sich heftige Ausdrücke dann gestatten zu können gegen Sie, die derselben Ansicht treu geblieben sind, zu der man sich früher selbst bekannt hat. Daß ich in der zweiten Hälfte der Bismarck'schen Periode immer heftiger gegen den Kanzler aufgetreten bin, ist nichts anderes, als daß ich die Politik des alten Bismarck gegen seine neue Politik vertheidigt habe. Daß ich ja das Unglück dieses Staatsmannes, den ich wahrhaftig nicht für einen Stümper erkläre, er ist darum immer weiter und weiter in die Irre gegangen (Widerspruch rechts, Weisfall links), weil er nicht genügenden Widerstand selbständiger Ansichten gefunden. Hätten sich mehr Männer gefunden, die fest gestanden hätten bei der eigenen Ueberzeugung und Charakterfestigkeit in ihrer Ansicht bewiesen hätten, es wäre nicht bis zu jenen Größen vorgekommen, die wir heute in diesem Antrag belämpfen. Herr v. Kardorff hat von dem Fürsten Bismarck gewissermaßen wie von einem Todten gesprochen, von dem Andenken, das man ehren muß, do mortuis nil nisi bene. Fürst Bismarck will aber nicht todt sein, er fühlt sich sehr lebendig und will sich betheiligen, und was er gethan hat, giebt ihm kein Recht, den Grafen Arnim oder Weisfallen irgend welche Vorwürfe zu machen. Da Herr von Kardorff aus eigener Kraft nicht verdrängen konnte, hat er ein Flugblatt verlesen, dessen Inhalt allerdings sehr viel geistreicher, witziger und auch logischer war, als Alles, was Herr von Kardorff sagte. (Große Heiterkeit links.) Aber einen Satz hat Herr von Kardorff ausgelassen, welcher lautet: „Verlacht sich der Bauer auf den Großgrundbesitzer, so ist er verlassen genug!“ (Zuruf Kardorff's: Habe ich verlesen!) Der Satz ist so richtig, daß er zweimal vorgetragen werden kann. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat geglaubt, mich verächtlich behandeln zu können, indem er den Saal verließ bei meinen Reden. Er ist sehr bald wiedergekommen, weil die öffentliche Meinung ihn dazu zwang; denn man hätte sonst angenommen, daß er mir sachlich nichts erwidern könne. Er ist gegangen, ich bin geblieben (Heiterkeit); um abzutragen die schlechte Gesetzgebung der letzten vierzehn Jahre der Regierung des Fürsten Bismarck, um die Politik wieder zur Geltung zu bringen, welche in den ersten vierzehn Jahren seines Regiments geherrscht hat und durch welche er sich unsterbliche Verdienste um das Reich erworben hat. (Lobhafter Weisfall links.) Unser Antrag ist ausichtslos, um so ausichtsloser, als verschiedene Fragen in denselben enthalten sind, deren Beantwortung die Zahl der Gegner vermindert. Der Antrag wird abgelehnt; die Abgeordneten, die dafür stimmen werden, repräsentieren 2784 788 Stimmen, oder drei Achtel aller Stimmen. Warum haben Sie denn vier Tage lang geredet über den ausichtslosen Antrag? Daß ist eine Huldigung, die einem Minoritätsantrage noch niemals zu Theil geworden ist. (Zustimmung links.) Sie fürchten, daß Ihnen die Wasser über den Kopf gehen würden. Deshalb möchten Sie eine neue Presse schaffen, weil die öffentliche Meinung verdreht ist. Warum über das Thermometer schimpfen, wenn es die richtige Temperatur anzeigt? Die Herren haben ja die „Post“ mit großen Mitteln begründet. Was hat es Ihnen geholfen? Ein Kukulwei ist hineingelegt worden. (Heiterkeit.) Es muß doch aber ein freikonfessioneller Skandal gewesen sein, und zwar ein hochangehender; im Volke glaubt man, daß der Kukulwei Mandem sein Lebensschicksal veränderte. Achten Sie auf den Kukulwei! (Heiterkeit.) Herr von Kardorff hat die namentliche Abstimmung beantragt; wir werden daraus zwar nichts Neues erfahren, aber wir werden trotzdem unsere Dankbarkeit bezeugen dadurch, daß wir die namentliche Abstimmung beantragen beim österreichischen Handelsverträge. (Heiterkeit.) Wir werden dann vergleichende Studien anstellen. Eine Protektionswirtschaft kann sich halten, wenn die Regierung mit ihrer Macht dahintersteht; sie fällt platt zu Boden, wenn die Regierung ihre Hand abzieht. Die „Kreuzzeitung“ hat es verrathen: Die Zeitunge ist heute eine furchtbare, aber alle Begriffe ernste. Sie denkt mit Recht an, daß den Getreidezöllen die Industriezölle folgen würden. Unser Antrag wird eine Niederlage erleiden, aber diese Niederlage trägt den künftigen Erfolg im Schooße. Der Antrag wird in die Gesetzgebung übergehen, so gewiß als justitia fundamentum regnorum ist. Denn die Protektionswirtschaft ist ein Unrecht gegen die arme Bevölkerung, welches kein Staat auf die Dauer dulden kann. (Lobhafter Weisfall links.) Noch einer Rede persönlicher Bemerkungen bemerkt Abg. Tschelchäuser, daß er eine Theilung des Antrages ge-

wünscht hätte. Da Herr Richter darin nicht einwilligt und er nicht einen ausichtslosen Antrag stellen wollte, wolle er dies im Namen eines Theils seiner Freunde erklären. Abg. Singer (zur Geschäftsordnung) beantragt den Antrag Auer der Budgetkommission zur Vorbereitung zu überweisen. Dieser Antrag wird abgelehnt; die Verabreichung des Antrages Auer wird in zweiter Lesung im Plenum stattfinden. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Richter mit 210 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Mit der aus Sozialdemokraten, Volksparteiern und Freisinnigen zusammengesetzten Minderheit stimmen auch noch die Nationalliberalen Hagedorn und Hoffmann, die Welken v. d. Decken und v. Müningherode, endlich die Bilden Köhler, Langensfeld und Johannsen. Die eingegangenen Petitionen werden durch diesen Beschluß als erledigt erklärt. Schluß: 6 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Kleinere Vorlagen und Wahlprüfungen.

Lokales.

Wohlthätigkeit und Spiel. Durch die bürgerlichen Zeitungen gingen in diesen Tagen die Anregung, das Kartenspiel in den Dienst der Wohlthätigkeit zu stellen und einmal eine ganze Woche hindurch, etwa Ende Januar, für arme Kinder Salat zu spielen. Als Motto war dem betreffenden Artikel der bekannte Ausspruch beigegeben: Pro patria est, dum ludere videtur, welcher in freier Uebersetzung lautet: Wir wirken für das Gemeinwohl, während wir nur zu spielen scheinen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß diese Idee nicht neu sei, da schon vor fünf Jahren an 3 vorher zu diesem Zwecke bestimmten Tagen 40 000 M. zu einem wohlthätigen Zweck verspielt worden seien.

Wir meinen, daß die Idee auch deswegen nicht neu und verwunderlich ist, weil ja Wohlthätigkeit und Spiel, wie sie von der Bourgeoisie geübt werden, ohnedies viel Verwandtes haben, weil die Wohlthätigkeit für viele geradezu ein Art Spiel ist. Die Zahl derer, welche aus Mitleid und Nächstenliebe wohlthätig sind, ist sicherlich außerordentlich gering. Die einen sind es aus eigenmächtiger Absicht, nämlich um zu glänzen, um für eine kirchliche oder politische Partei Propaganda zu machen, oder auch um die „unzufriedenen Elemente“ zu beruhigen. Die anderen betreiben die „Wohlthätigkeit“, wie gesagt, als Sport. Der oben angeführte Ausspruch müßte eigentlich umgedreht werden und heißen: Wir spielen nur, während wir für das Gemeinwohl zu wirken scheinen. Es gewährt eine gewisse Beruhigung, wenn man sich sagen kann, daß man Mitglied des Volkslächen-Vereins, des Vereins zur Befreiung der entlassenen Strafgefangenen, des Vereins der Sammler von Zigarettenabschnitten, des Komitees für die Ferienkolonien, für Weihnachtbescherungen und zahlreicher anderer Wohlthätigkeitsvereine und Komitees ist. Das verbreitet eine ganz eigenartige, behagliche Stimmung, die doch nun einmal zum ungetriebenen Genuß der Freuden dieses Lebens unumgänglich nöthig ist. Wenn sich ein vielfacher Menschenfreund des Morgens sein Leiborgan entfaltet und darin liest, wie viel Hungerige in den Volkslächen gespeist, wie viel Obdachlose in den Anstalten genächtigt haben, dann schmeckt ihm sein Frühstück noch einmal so gut, und er trägt das Haupt noch einmal so hoch in dem Gebaule, wie wir es doch so herrlich weit gebracht. Der verwegene Segler oder der berühmteste Vicyclist kann nicht stolzer sein, wenn er berichtet, daß sein Klub bei der letzten Regatta oder bei dem letzten Wettkampfen den Sieg davongetragen hat. Es ist auch persönlich von einem eigenthümlichen Reiz — dieses Wachthum. Es verursacht ein Gefühl ähnlich demjenigen, welches der Bourgeois empfindet, wenn er den „darbenenden“ Vögeln Brotkrumen ausfrenst, die alten Federn für die frierenden Ziehunde an den Thierstuhlvorrichtungen oder einen rohen Kutscher, der sein Pferd mißhandelt, der Polizei denunziert. Das hindert zum Glück aber nicht, daß derselbe Mann mit dem weichen Herzen unter der wohlgeputzten Paletot an einem vor Hunger und Kälte sammengebrochenen Bettler vorbeigeht mit den Worten: „Der Kerl ist besoffen, — weiter nichts!“

Der Proletarier macht dem Bourgeois nicht nur durch seiner Hände Arbeit das Leben behaglich, — nein, selbst wenn er Klumpen empfängt, trägt er dazu bei, diese Behaglichkeit zu erhöhen. Es ist eben alles nur Mittel zu diesem einen einzigen Zweck. Unsere moderne Gesellschaft aber benutz solche gelegentliche Wohlthätigkeitsanfälle, wie die gepantete Statuette, um darauf hinzuweisen, daß alles Mögliche für die Armen geschieht. Sie wirkt dann gleichzeitig den Proletariern vor, daß sie eben leider nie genug belamen. Die Hauptschuld daran giebt sie der sozialdemokratischen Presse, welche dazu beitrage, die Unzufriedenheit zu erdhoben, indem sie das Proletariat gegen alle „Werke der Nächstenliebe“ mit Mißtrauen erfülle. Die Strafpredigten, welche und deshalb verschiedenlich gehalten worden sind, haben indeß so wenig gewirkt, daß wir uns auch für die Statuette, die übrigens mit der letzten von der evangelischen Alliance abgehaltenen Gebetwoche oder auch mit der Selbstverleugnungswoche der Heilarmee eine verweisselte Keuligkeit hat, nicht begeistern können. Wir halten es für unsere Pflicht, immer und immer wieder die Deutlichkeit und Verlogenheit unserer scheinheiligen, sich human gebardenden Gesellschaft aufzudecken. Wirkliches Verständnis für das allgemeine Leid und darum echtes Mitleid und den aufrichtigen Wunsch zu helfen, findet das Proletariat nur bei der Sozialdemokratie.

Die Errichtung einer Arbeiter-Hochschule in Berlin hat unsere Gegner so verduzt gemacht, daß sie die Sprache nicht finden können und daß die gegnerischen Blätter über die bedeutsame Versammlung vom Montage weiß kein Wort bringen. Daß ist ein noch besseres und für uns erfreuliches Zeichen, als wenn sie schimpften. Nur das „Berl. Tagebl.“, das man ungefähr die tonische Verlage zum „M.“ nennen kann, macht den Gründern den Standpunkt klar und hält ihnen vor, daß ihnen der Geist echter Wissenschaft fremd sei. Der an sich thörichte und im Munde der Tagesblatt-Geschichten obendrein tonische Vorwurf wird folgendenmaßen begründet:

„Von Lehr- und Fernfreiheit ist an dieser neuen Volkshochschule keine Rede. Slawisch soll der Arbeiter auf den sozialdemokratischen Katechismus gedrillt werden. Andere Ansichten werden sorgfältig von ihm ferngehalten werden, blindlings soll er sein Credo auswendig lernen, wie in irgend einer Jesuitenschule. Eine Pflanzstätte des Fanatismus für beschränkte Geister ist also das neue Unternehmen zu werden bestimmt, ohne den frischen Luftzug eigener, vielseitiger Prüfung, ohne Spur also von dem, was wahre Wissenschaft ist. Als Partei-Unternehmen im Interesse der sozialdemokratischen Partei kann freilich dieser Arbeiter-Bildungsverein kaum einen anderen Charakter annehmen. Aber damit fehlt ihm auch jede gesunde Grundlage eines wissenschaftlichen Instituts. Echte Bildung, echte Wissenschaft wird nur gewonnen in unbefangener Prüfung der verschiedensten Meinungen. Und wenn das, was die Herren Liebkecht, Bogner u. Gen. hier bieten wollen, eine Probe von den Akademien und der Geistesfreiheit der Zukunft sein soll, so haben sie nur aufs neue bestätigt, was eigentlich keiner Bestätigung mehr bedurfte.“

Was mag der Herr, der diese Sätze geschrieben hat, sich wohl dabei gedacht haben? Soll man bei allem Prüfen und Vergleichen von verschiedenen Meinungen nicht schließlich zu dem Ergebnis kommen, daß eine die richtige ist, sondern immerfort beim Suchen bleiben und alle Standpunkte für gleichberechtigt halten? Oder soll die sozialdemokratische Partei ihre Parteiprinzipien, die durch den wissenschaftlichen Sozialismus gestützt sind, nicht mit allem Nachdruck fordern, obwohl sie weiß, daß diese Grundsätze richtig sind, daß sie das zukünftige Leben der Gesellschaft beherrschen werden? Indes, ein Schein giebt mehr, als er hat, und man kann es dem

arbeiter des „Berliner Tagebl.“ nicht übel nehmen, wenn die Idee einer von Arbeitern für Arbeiter gegründeten Hochschule ihn so verwirrt, daß er sein Wischen Verstand nicht mehr ordentlich gebrauchen kann.

Zur geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie geht uns wieder einmal ein sauberes Pröbchen zu, das wir nicht anfechten wollen, in die Öffentlichkeit zu bringen. Uns wird mitgeteilt, daß in der Chemischen Fabrik auf Aktien, vormalig Schering, sich sämtliche Arbeiter schriftlich verpflichten mußten, keine Arbeiter, d. h. keine sozialdemokratischen Versammlungen zu besuchen, sofern sie nicht aus der Arbeit entlassen werden wollten. Man sieht, wie das Unternehmertum immer mehr danach trachtet, den Arbeiter zu einem willenlosen Arbeitswerkzeug herabzubringen, danach ist der Arbeiter schlummer dran, als früher der Sklave. Auch er hat jetzt keine freie Meinung mehr und dazu noch steht hinter ihm die Hungerpeitsche der Arbeitslosigkeit, das deprimierende Gefühl einer ungesicherten Existenz. Was man eigentlich zu derartigen Maßnahmen des Unternehmertums sagen soll, wissen wir nicht recht, uns fehlen hierfür die Worte.

Sollte das aber wirklich die geistige Bekämpfung der Sozialdemokratie sein, sollte der Geist der Herren Unternehmer sich zu anderen Mitteln nicht aufschwingen können, so können wir nur dem Geist bedauern, der sie befeuert.

Wie sehr der **Spionismus** der Bourgeoisie sich ausgebildet hat, zeigt uns folgendes Vorkommnis: Auf einem Holzplage am Plauersee erschien ein arbeitsloser Mann, welcher dort nachfragen wollte, ob er nicht Arbeit finden konnte. Als der Platzinspektor jedoch sich ihm zuwandte und in der Tasche des Arbeiters eine Uhr gewahrte, antwortete er ihm: „Sie haben ja noch eine Uhr, vorläufig ist es mit Ihnen demnach noch nicht so schlimm bestellt, warten Sie daher noch einige Zeit, inzwischen können Sie ja die Uhr verkaufen, wenn Sie kein Geld mehr haben sollten.“ Sprach und ließ den ob solcher zynischen Antwort erstarrten Arbeiter stehen. Neugierig sind wir nur, wie der betreffende Herr einen Arbeiter behandeln würde, der vor ihm erschienen, nachdem er von der Noth aller Mittel entblößt, herabgekommen und halboverhungert ist. Schwerlich wird der edelmütige Herr sich herablassen, mit einem solchen armen Teufel sich in ein näheres Gespräch einzulassen, er wird ihm einen misstrauischen Blick zuwerfen, etwas von Bagabunden, arbeitslosem Gesindel und dergleichen in den Bart brummen und dann den Mann schnell vom Hofe hegen, schließlich auch mit dem Hund drohen.

Das sich eigentlich diese Leute denken, ist uns ein Räthsel mit sieben Siegeln. Zwar ist das Betragen höchst charakteristisch für unsere Bourgeoisie, doch ist es zu bedauern, daß vielfach Leute, welche ihrer Stellung nach zum Arbeiterstande gehören, derartig von den Bourgeois angefaßt sind, daß sie dem Unternehmertum hilflose Hand bieten zur Unterdrückung des Arbeiterstandes. Diese Leute sehen nicht ein, daß sie damit gegen sich selbst arbeiten, dem Unternehmertum eine Waffe in die Hand geben, welche sich jeden Augenblick gegen sie selbst richten kann.

Bebel's Bäder-Enquëte trägt Früchte. Dem Bädermeister K. in Weisenhof ist der fernere Betrieb seines Handwerks in dem bisherigen Raum unterlagert worden, weil der Raum zu feucht ist. Das Haus, in welchem Herr K. sein Wohn- und Betriebsräum hat, ist neu; K. betrieb bis vor Kurzem eine Bäderlei in Schwanebeck, weil er, der einzige Sozialdemokrat im Orte, von den Bauern nicht bloß geduldet wurde — das hätte sich, da K. zweimal wöchentlich mit einem Fuhrwerk nach Berlin fuhr und hauptsächlich dorthin Brot lieferte, verschmerzen lassen — sondern auch Beschimpfungen und Mißhandlungen ausgeht war. Wenn nun die Schlichtung der K.'schen Bäderlei sich auf ein allgemeines Motiv stützt — und an ein persönliches Motiv der Behörde darf man doch loyal Weise nicht denken — so steht zu erwarten, daß künftig überall nur entsprechend beschaffene Bäderräume benutzt werden dürfen, was gewiß auch im Interesse der Bädereigentümer liegt. Wir werden von weiterem ähnlichen Vorgehen der Behörde natürlich Mitteilung machen.

Zäpfspäne als Strenmaterial gelangen bei dem gegenwärtigen kalten Wetter viel in Läden und auf glatten, verkehrsreichen Treppen zur Anwendung. Sie geben nicht so schnell das grau-schmutzige Bild wie Sand oder Nässe und fangen, die aufgestreut, einen großen Theil der von der Straße hereingetragenen Feuchtigkeit auf. Auf glatten Fußböden mildern sie auch die gerade bei nassem Wetter gefährliche Glätte.

Ein großes **Chadenfeuer** hat in Friedrichsberg gewüthet. Dort befindet sich in der Wästelstr. 33 die Kohlenanzünder-Fabrik von Hüser aus Friedebau, in welcher sich am vorgefrühen Morgen die in einem Kessel zubereitete Kohlenanzünder-Masse entzündete. Das Feuer verbreitete sich mit rascher Geschwindigkeit durch das ganze Fabrikgebäude, so daß dieses schon nach kurzer Zeit im vollen Flammen stand. Die Friedrichsberg-Fichtenberger Feuerwehrgesellschaft, sowie die Wasserschützen der umliegenden Ortsteile konnten sich nur auf den Schutz der Nachbargrundstücke beschränken und mußten das brennende Gebäude völlig den Flammen überlassen. Nach nahezu sechsstündiger harter Arbeit war die Gefahr einer Weiterverbreitung des Brandes beseitigt, so daß mit der Ablösung des eigentlichen Feuerherdes begonnen werden konnte.

Vor einem jungen **Schlafschändel** sei gewarnt, der in der Gegend des Grünen Weges sein Wesen treibt. Er erscheint mit einem jungen Mädchen, das er als seine Schwester bezeichnet und für welches er Wohnung zu mieten vorgiebt. Dann sucht er durch irgend einen Verwandten die Vermieterin zu entfernen und benutzt die Gelegenheit zu stehlen. So stahl er in dem einen Falle, der uns mitgeteilt wird, bei einer Wittwe einen vollständigen Kasten und noch ein Paar Hosen, die einem anderen Schlafschändel gehörten. Der Dieb ist etwa 18 Jahre alt, von kleiner Figur und trägt eine runde braune Plüschmütze.

Ein **seltsamer Fall von Blutvergiftung** durch Nikotin wird uns aus dem Norden der Stadt gemeldet. Der in der Mehlstraße wohnende selbständige Zigarrenarbeiter Gradow klagte seit einiger Zeit über Zahnschmerzen, welche ständig zunahmen. G. ließ sich nun mehrere Zähne ziehen, aber auch dieses half nicht, der ganze Unterkiefer wurde schließlich in Mitleidenhaft gezogen, das Gesicht und der Hals schwellen an und so wandte sich denn der gequälte Mann an einen Mediziner. Dieser konstatierte nun, daß in diesem Falle eine Blutvergiftung durch Nikotin vorliege, dadurch entstanden, daß der Tabakarbeiter bei der Herstellung von Zigarren bei dem Umwickeln des Deckblatts die Finger an der Spitze angefeuchtet habe, um alsdann das Deckblatt an der Spitze zu befestigen, und so ist nach und nach das Nikotin in eine jedenfalls wunde Stelle der Zunge eingedrungen. Nachdem das Uebel erkannt worden war, gelang es bald, dasselbe zu beseitigen.

Verrathene Liebe hat ein 18-jähriges Mädchen zu einem Selbstmordversuch getrieben. Die in der Rostigstraße bei Verwandten wohnende Schneiderin Auguste K. war seit etwa drei Wochen mit einem jungen Kaufmann verlobt. Vor vier Wochen hatte der Bräutigam der K. eine geschäftliche Reise antreten müssen und seitdem war das Mädchen ohne Nachricht von seinem Geliebten geblieben. Die junge Schneiderin war am vorgefrühen Tage Befragung halber ausfragungen und befand sich in der Passage, als sie plötzlich vor einem Kaufmann in derselben ihren Verlobten in eifrigem Gespräch mit einer Dame erblickte. Die K. verfolgte die Beiden, welche schließlich in einem Hause der Oranienburgerstraße verschwanden, und hier erfuhr die K. von Bewohnern desselben, daß der angebliche Bräutigam bereits verheiratet und Vater mehrerer Kinder sei. Als die Wirthin der K. gestern Abend gegen 7 Uhr in das Zimmer des

jugen Mädchens trat, fand sie dasselbe fast leblos auf ihrem Bett liegend; die Unglückliche, welche sich die Pulsader der rechten Hand mit einem Federmesser durchgeschnitten hatte, wurde nach Anlegung eines Nothverbandes in ein in der Nähe belegenes Krankenhaus gebracht.

Das **voreilige Tönnen der Anpfeihären** auf den Stadtbahnhöfen, bevor der Zug hält, und das damit verbundene voreilige Aussteigen hat am vorastrigen Nachmittage auf dem Bahnhof Friedrichstraße wieder einen Unfall zur Folge gehabt. Ein östlicher Herr, Namens H., welcher aus dem Zuge stieg, während sich derselbe noch in Bewegung befand, fiel derartig auf den Bahnsitz, daß er sich eine sehr schmerzhaft Verletzung der linken Hüfte zuzog, welche ihn verhinderte, sich wieder zu erheben. Durch Bahndiener wurde der Verunglückte in eine Droschke geschafft, in welcher er sich nach einem Krankenhaus überführen ließ.

Druckfehler-Verrichtung. In unserer gestrigen Nummer befindet sich in dem Artikel unter „Volaks“: „Im Kampf mit geistigen Rassen“ in der dritten Zeile ein durch einen Druckfehler bewirktes Versehen. Es heißt dort: „weil Herr A. sich nicht zu einer Majestätsbeleidigung hintrügen lassen wollte.“ Es sollte heißen: „Majestätsbeleidigung der Beamten“ (Beleidigung der Majestät der Beamten).

Die ganze Spalte, in welcher sich der Artikel befindet, ist durch ein Versehen nicht mehr zur Revision gelangt, worauf dieser und andere kleine Fehler zurückzuführen sind.

Polizeibericht. Am 15. d. Mts. wurde im Thiergarten, in der Nähe der Regentenstraße, ein Mann erschossen vorgefunden. — Vormittags gerichtlich in der Sittensfeld'schen Buchdruckerei, Mauerstraße 44, die als Puntierin beschäftigte unverschämte Preibisch mit der Hand zwischen die Fardwalzen der Druckpresse und erlitt eine so bedeutende Quetschung, daß sie nach der Klinik gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde vor dem Hause Brunnenstraße 1 ein Mann von einem beladenen Steinwagen überfahren und erlitt einen Bruch des rechten Vorderarms. — Im Laufe des Tages fanden sieben kleine Brände statt.

Theater.

Be. Festung-Theater. Donnerstag, 15. Januar. Das war eine würdige, schöne Gedenkstunde zu Grillparzer's hundertjährigem Geburtstag. Das ergreifende Drama: „Der Traum ein Leben“ fand, wie immer, auch diesmal stimmungsvolle Aufnahme. Die Darsteller gaben ihr Bestes. Der Rufian des Herrn König, der Janga des Herrn Kober, die Gilmare (Fräulein Groß), der König (Herr Wolmar) waren ausgezeichnete Leistungen. Der Epilog, den Ludwig Julda gedichtet, knüpfte in sinniger Weise an das Stück an. Rufian, der im ersten Augenblicke noch zu tolnnen glaubt, sieht in der heiteren Schöne einer sonnigen Landschaft Grillparzer's Wüste, an deren Postament ein junges Mädchen mit dem goldenen Vorbeier lagert. In seinem Funden Besen wird die Bedeutung des großen Poeten, die stille Tragik seines Lebens aufgezeigt.

„Deine Träume wurden Leben
Und dein Leben ewigkeit.“

Das Publikum lohnte mit reichem Beifall die schöne Gabe.

Gerichts-Beitung.

Sechs Monate Gefängnis für Androhung der Sperre! Von einschneidender Wirkung auf die Gestaltung der zukünftigen Lohn- und Anstandsbeziehung dürfte eine Entscheidung der II. Strafkammer am Landgericht II vom Freitag sein, vorausgesetzt, daß dieselbe vom Reichsgericht bestätigt wird. Auf der Anklagebank stand der Richter Ernst Hampel aus Friedrichsberg, Vorsteher der dortigen Zählstelle des „Deutschen Arbeiter-Verbandes“. Der Anklage lag folgender objektive Thatbestand zu Grunde: Kurz vor dem 1. Mai v. J. ersuchten die Arbeiter des Tischlermeisters Klusas in Friedrichsberg ihren Meister um die Erlaubnis, um 1. Mai feiern zu dürfen, sie erboten sich, dafür am Bußtage zu arbeiten. Der Meister erklärte, der Bußtag sei ein Feiertag, den er feiern wolle. Wer bei ihm am 1. Mai feiere, dürfe die ganze Woche nicht arbeiten und erst am Montag der nächsten Woche wieder anfangen. Die betreffenden Arbeiter zeigten dies dem Vorstände der örtlichen Zählstelle ihres Verbandes an, dieser trat in Verbindung und in dessen Auftrag schrieb der Angeklagte an die Meister Klusas und Ahrendt — bei Letzterem lagen die Verhältnisse ebenso — unterm 29. April je einen Brief folgenden Inhalts: „Wenn Sie bis zum 2. Mai die verlangte Lohnverhöhung nicht bewilligen, so wird über Ihre Verhättnis die Sperre verhängt! Ernst Hampel, i. A. des Vorstandes des deutschen Tischlerverbandes.“ Klusas hat nicht bewilligt und seine Werkstatt ist thatsächlich gesperrt worden. Wo er inferierte, da fand sich gleich darunter die Bemerkung: „Diese Werkstatt ist gesperrt.“ Infolge des bei ihm eingetretenen Arbeitermangels hat Klusas im Jahre ca. 15 000 Mark weniger Umsatz gehabt. Außerdem haben ihn seine Gesellen wegen des ihnen für die Woche des 1. Mai entgangenen Arbeitslohnes beim Gewerbegericht verklagt und hat das letztere den Meister zur Zahlung des Lohnes verurtheilt. Dieser Mißthätigkeit schwebt aber noch beim ordentlichen Gericht. Das Verfahren des Hampel war aber einem Omdarmen bekannt geworden, der am 1. Mai die etwa bedrohten Werkstätten zu „schützen“ hatte, und auf dessen Anzeige hatte die Staatsanwaltschaft gegen Hampel die Anklage wegen groben Unfugs erhoben. Das Schöffengericht am Amtsgericht II erklärte sich für unzulässig, weil nicht grober Unfug, sondern Verurtheilung im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung vorliege. Der Staatsanwalt sprach vor der Strafkammer ebenfalls die Meinung aus, daß nicht grober Unfug, sondern Bedrohung vorliege und beantragte sechs Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof, Vorsteher Landgerichtsdirektor Grünhagen, machte aber den Angeklagten von vornherein darauf aufmerksam, daß er seine Vertheidigung nicht nur auf die Gesichtspunkte des groben Unfugs, sowie der Nötigung erstrecken, sondern auch auf den Gesichtspunkt der Erpressung ausdehnen möge. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Albus Stadthagen, hielt aus logischen und juristischen Gründen keinen dieser Gesichtspunkte für zureichend und plaidierte für gänzliche Freisprechung. Der Gerichtshof fällte folgendes Urtheil: „Zunächst hat der Gerichtshof die alleinige Verantwortlichkeit des Angeklagten für die von ihm geschriebenen Briefe angenommen. Die Frage des groben Unfugs ist ohne Weiteres veranin worden. Auch eine Nötigung liegt nicht vor, denn der § 240 des Strafgesetzbuches erfordert die Bedrohung mit einem Vergehen oder Verbrechen und eine solche Bedrohung ist nicht erfolgt; ebensowenig ist der § 153 der Gewerbe-Ordnung anwendbar. Bei diesem Paragraphen handelt es sich nur um die Verabredungen der Arbeiter untereinander und um diejenigen unrechtmäßigen Mittel, welche die Arbeiter denjenigen Arbeitgeberinnen gegenüber anwenden, welche sich den gemeinsamen Bestrebungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anschließen, keinesfalls aber, um diejenigen Mittel und Wege, welche anderen Personen, z. B. den Arbeitgebern gegenüber angewendet werden. Wohl aber ist § 233 des Straf-Gesetzbuches anwendbar, welcher von der Erpressung handelt und denjenigen bestraft, welcher sich oder einem Dritten durch Gewalt oder Androhung einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen sucht. Hier ist ein rechtswidriger Vermögensvortheil erstrebt worden. Eine Lohnverhöhung ist ein Vermögensvortheil, der erst dann ein berechtigter wird, wenn der Arbeitgeber seine Einwilligung dazu gegeben hat. So lange diese Einwilligung

nicht erfolgt ist, ist auch der Vermögensvortheil noch kein berechtigter und das Verlangen danach ein rechtswidriges. Wenn von der Vertheidigung behauptet wird, daß die verhängte oder angeordnete Sperre nur für die Mitglieder des Vereines gelte, so habe die Erfahrung doch gelehrt, daß sich die Sache in der Praxis ganz anders gestaltet und sich viele andere Arbeiter mehr oder weniger unfreiwillig der Sperre unterworfen bzw. anschließen müssen. Eine solche Sperre ist unter den heutigen Verhältnissen ein großes Uebel, es liegt darin eine schwere Drohung, wenn den Gesellen gesagt wird: „Diese Werkstatt ist gesperrt!“ Die Handlung, welche im Sinne des § 233 erzwungen werden sollte, ist die Einwilligung in die verlangte Lohnverhöhung. Damit sind alle Thatbestandsmerkmale der Erpressung erfüllt. Es liegt allerdings nur ein Versuch vor, denn der Arbeitgeber hat sich nicht einschüchtern lassen, das Vergehen ist aber ein sehr schweres, denn solchen Maßnahmen stehen die Arbeitgeber vollständig wehrlos gegenüber. Darum erschien es angemessen, weit über das vom Herrn Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinauszugehen und deshalb ist auf sechs Monate Gefängnis erkannt worden.“

Wir kommen auf dieses merkwürdige Urtheil noch zurück.

Versammlungen.

Die am Mittwoch, den 14. Januar d. J., stattgefundene Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht in der Klagesache der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ betreffend die Verfügung des Polizeipräsidenten zu Berlin vom 19. Mai 1890, endete nach Verlesung der Beweismittel, den hierauf folgenden Vorträgen des Rechtsanwalts Wolfgang Heine, als Vertreters des Klägers, sowie des Regierungs-Assessors, als Vertreters des Beklagten und einer 11-stündigen Beratung des Gerichtshofes mit der Abweisung der Klage vom 24. Juni 1890. Die Gesellschaft ist demnach als politischer Verein erklärt. Frauen dürfen somit als Mitglieder nicht aufgenommen werden, und sind von den Vereinsversammlungen ausgeschlossen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 14. Januar eine Generalversammlung ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Sommerfeld, genannt Waldemar, durch Erheben von den Sigen. Darauf erstattete Herr Pohl den Kassenbericht für Oktober-Dezember 1890. Die Einnahmen betragen inklusive des Bestandes vom dritten Quartal 247,70 M., die Ausgaben 90,05 Mark, bleibt ein Bestand von 157,65 Mark. Nachdem durch die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt worden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die nun vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammenstellung desselben: A. Grundmann, 1. Vorsitzender; Karl Scholz, 2. Vorsitzender; Tempel, 1. Schriftführer; Brödel, 2. Schriftführer; Pohl, 1. Kassierer und Thiele, 2. Kassierer. Nach vorgenommener Wahl wurde in den Punkt „Verschiedenes“ eingetreten. Durch Beschluß der Versammlung wurden dem Parteivorstand 100 Mark und der Kommission zur Sammlung und Verbreitung gefessener Arbeiterblätter 50 Mark überwiesen. Herr David regte hierauf die Frage an, ob ein Reichstags-Abgeordneter das Recht habe, die Beschlüsse des Parteikongresses zu ignorieren. So habe der Abg. Frohne das vom Parteitag eingesetzte Schiedsgericht, welches die zwischen ihm und Kehler schwebenden Streitigkeiten auf ihre Berechtigung nach der einen oder anderen Seite hin prüfen und endgiltig erledigen sollte, durch Nichterscheinen vor ihm nicht anerkannt. Redner hält dies Verhalten für ein unrichtiges. Herr Diehländer beschwert sich darüber, daß ihm der „Vorwärts“ den vollen Abdruck seiner Vertheidigung verweigert habe. Die Herren Kräppler und Viehschwendler wendeten sich in ihren Ausführungen gegen Viehländer. Dieser habe die Pflicht, sich beim Parteivorstand, und wenn da nicht von Erfolg, beim nächsten Kongress zu beschweren. Nachdem die Versammlung durch Erheben von den Sigen das Andenken des verstorbenen Genossen Rittinghausen geehrt und zum Weiden der gesperrten Tempelhofer Lokale, sowie zum Abomiren auf die „Berliner Volks-Tribüne“ aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Lithographie-Steinsetzer und verwandten Berufsgeossen (Lithographie-Träger) hielt am Dienstag, den 13. d. Mts., die erste diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende F. Rose gab einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit des Vorstandes im verflorenen Jahre und theilte den Mitgliedern mit, daß die Zahl der Mitglieder von 65 auf 180 gestiegen sei. Er bezeichnete das als guten Fortschritt, denn die Lithographie-Träger hatten sich dem Fachverein angeschlossen. Das Andenken des vor Kurzem verstorbenen Kollegen Schiösch wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Dann erstattete der Kassierer, Kollege Rohmann, den Kassenbericht, welcher in bester Ordnung befunden wurde. Die Revisoren bestätigten es und dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf folgte die Wahl des Vorstandes. Gewählt wurden: Schleifer W. Becher, erster Vorsitzender; Präger Braunsendorf, zweiter Vorsitzender; Präger Mann, erster Schriftführer; Schleifer J. Zehert, zweiter Schriftführer; Schleifer Rohmann, Kassierer; Präger Weisbroich, Revisoren; Schleifer F. Schäfer, Beisitzer; Präger Th. Schäfer, Revisor; Präger Wiesinger, Revisor; Schleifer Schork, Revisor.

Unter Verschiedenem wurde beschlossen, daß der Arbeitsnachweis und die Bibliothek bei Kollege Rose, Landsbergerstr. 16, sich befindet. Kollege Rose machte auf das Stiftungsfest aufmerksam und bittet um rege Theilnahme. Alles sind bei Kollegen Rose zu haben.

Am Fachverein der Hofsleger hielt am 11. Januar Genosse Hecheran einen Vortrag über „die Pflichten des Staates der Kulturentwicklung und dem Volke gegenüber“. Referent führte etwa folgendes aus: Der Staat hat die Verpflichtung, ein angemessenes Arbeiterschutz-Gesetz zu schaffen. Gesetze zum Schutz der Thiere existieren wohl, handelt es sich aber darum, dem Arbeiter Besserstellung seiner Lage zu gewähren, so ist man laub. Länder, welche für uns nützlich sind, z. B. Ost-Afrika, sucht man zu kolonisieren, mit Schwert und Spiritus die Eingeborenen zu zwingen, eine andere Herrschaft anzuerkennen, während man im eigenen Lande die Arbeiter darben läßt. Im weiteren Verlauf seines Vortrags tabelte Redner die hiesige Stadtverwaltung, die für so viele unnötigen Dinge Aufsummen zur Verfügung habe, für so manches Nützliche aber nichts ausgeben. Welcher Beifall lohnte dem Redner. In der Diskussion brachte Kollege Redner Vorgehen zur Sprache, die sich in den Spandauer Staatsverhältnissen ereignet haben sollen und die allgemeine Mißbilligung fanden. Im Schlußwort kam der Referent noch auf die „konfidente“ Majestätsbeleidigung durch Sigenbleiben beim Hoch zu sprechen. Er erklärte das Urtheil als dem Rechtsbewußtsein des Volkes widersprechend. Aufnehmen ließen sich mehrere Kollegen.

Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer tagte am Sonntag, den 11. d. Mts., Abends 6 Uhr. Robert Sandermann sprach unter Beifall über: „Der Kampf uns Dasein im Arbeiterleben“. Nachdem derselbe seinen Vortrag beendet hatte, trat die Versammlung in die Diskussion über das Verhör ein. Hierbei gaben die Herren Cisse, Bach, Treuberg und Renzer ihrer Meinung Ausdruck. Unter Verschiedenem wurde u. a. ein Antrag

Lokales.

Noch leben wir zwar im tiefsten Winter, jedoch halten es gewisse Leute scheinbar für angezeigt, schon jetzt die Streifen...

Ein Schlächterstreik droht Berlin für das bevorstehende Frühjahr. Der bereits über 1000 Mitglieder zählende...

Am meisten überrascht von dieser Nachricht wird ohne Zweifel der Fachverein der Schlächtergesellschaften selber sein...

Nach dem, in der Schlächtergesellschaften-Verberge, Neue Schmitz 28, niedergelegten Material statistischer Art...

Wie man unter solchen Umständen die Nachricht in die Welt setzen kann, das Berlin im kommenden Frühjahr von einem...

Wichtig ist es allerdings, daß sich die Löhne derselben seit dem Jahre 1882 verschlechtert haben, denn während...

Obige Schilderung charakterisiert zu gleicher Zeit in treffender Weise den Ausspruch des Direktors des städtischen...

Abgesehen von vorübergehenden ungünstigen Zeiten mit zu hohen Preisen für Schlachttiere wird im Durchschnitt...

Wie die „geschäftskundigen“, „Reisigen“, „reellen“ und „sparsamen“ Herren Schlächtermeister sich ihren „ausreichenden Verdienst“...

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525. Von Wilhelm Dlos.

(38. Fortsetzung.)

„Beim Aufbruch der heiligen Cäcilie, nein!“ rief Lienhart lachend, „also traget auf, alter Freund, auf daß mein Schällein sich erlaben möge.“

Der Wirth stieg langsam zum Keller hinab und Lienhart sprach zu Eva:

„Du kommst gerade recht, mein Treuliebchen, wir stehen in die Schweiz.“

„Freilich komm ich recht,“ sagte Eva freudig, „denn wenn mein Lienhart mich zu sich entbent, mein hoher Herr, so wart' ich keinen Augenblick mehr.“

Sie schlang lächelnd die Arme um seinen Hals. Er aber wurde ernst, trat einen Schritt zurück und sprach:

„Scherzest Du? Ich habe Dich nicht zu mir entboten, so sehr es mich auch freut, daß Du zu mir gekommen bist. Ich wollte Dir erst morgen Vestschaft senden.“

„Aber es kam doch ein Bote zu mir,“ sprach Eva, „in Deinem Auftrag, Ciner, der bei Königshofen gewesen. Er hat mich geleitet bis vor das Dorf.“

Lienhart hatte mit wachsender Bestürzung zugehört. Jetzt fuhr er wild empor:

„Das ist Verrath, kann nur Verrath sein. Ich habe Niemand zu Dir geschickt. O, sie haben Dir meinen Aufenthalt abgelobt, die Glenden, ach, da sind sie schon!“

Eva war so bestürzt, daß sie kein Wort finden konnte. In demselben Augenblick vernahm man Hufschlag...

draußen; ein Trupp von Reisigen ritt heran und umzingelte die Herberge. Kunz Kreglinger und der Schäferhans waren dabei.

Mit Blitzeschnelle dämmerte es nun in dem Gebirg des armen Mädchens auf, daß sie das Opfer schänder Kreglinger geworden. Der Bote war ein Spion des Kath's gewesen, hatte von Eva erfahren, wo sich Lienhart aufhielt, und hatte er dem anderen Spion, der unterwegs zu ihm getreten, mitgetheilt.

Gesellen zufrieden sei, meinte der Meister: „Gut, doch — der Keel frist mir zu viel!“ Und wenn nun der in Rede stehende Kritischreiber weiter sagt:

„Diese allerdings enorme Arbeitszeit halten nicht allein die beschäftigten Gesellen für aufreibend, sondern die gesamte Gesellschaft meint auch, daß es durch Abkürzung derselben zugleich möglich gemacht würde, einen großen Theil der arbeitslosen Gesellen zu beschäftigen.“

Man weiß wirklich nicht, worüber man mehr staunen soll, ob über die Dreistigkeit, mit welcher solche Nachrichten von mit den gegebenen Verhältnissen gänzlich unvereinbaren Personen kolportiert, oder über die Gedankenlosigkeit, mit welcher solche erfindenen Nachrichten in die Zeitungen aufgenommen werden.

„Eitens des Fachvereins der Berliner Schlächtergesellschaften wurde vor Kurzem über einen in der Brunnenstraße wohnenden Schlächtermeister eine „Sperre“ verhängt, weil derselbe einen Gesellen schlecht behandelt und ohne Grund entlassen haben sollte.“

Wenngleich diese kurzweilige Notiz genugsam für sich selber spricht, und die Möglichkeit, ernst genommen zu werden, bei ihr von vornherein ausgeschlossen ist, so ist dieselbe doch wiederum ein Beispiel dafür, welche Ungehörlichkeiten über die Arbeiter in die Welt gesetzt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die Köpfe zu verwirren, die klare Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse zu trüben und der Arbeiterbewegung direkt oder indirekt entgegenzuarbeiten.

Von seinen Gegnern soll man lernen. Daß die Kirche und ihre Organe Gegner der Sozialdemokratie sind, bedarf keines besonderen Nachweises. Interessant ist nun eine Notiz, welche der „Ev.-Kirch. Anz.“ veröffentlicht und die ein Eingehen auf dieselbe veranlaßt. Das kirchliche „Radblatt“ schreibt nämlich: „In einem einzigen Sonntage vor Weihnachten fanden in Berlin allein 20 sozialdemokratische Versammlungen statt.“

Sie zerrwühlte in Verzweiflung ihr Haar. „O ich elendes Geschöpf,“ schrie sie, „ich hab' ihn verrathen!“ Dann sank sie bewußtlos zusammen. Draußen ein Schrei, ein schwerer Fall; einer der tohen Reisigen hatte den alten Wirth niedergestochen, der eben mit dem Weinberg in der Hand aus dem Keller kam. Dann drang der Haufe in die Gaststube, der Schäferhans voran. „Ergieb Dich,“ rief der Schäferhans dem Bauernhauptmann zu. „Von euch Ungeziefer begehr' ich weder Gnad noch Fried,“ schrie Lienhart. Er sah sich verloren gegen die Ueberzahl, aber er wollte sich nicht gefangen geben; er wollte im Männerkampf und nicht durch des Henkers ehrlöse Hand sterben.

Der Bauernhauptmann stürzte vorwärts und schlug mit einem mächtigen Streich seines zweihändigen Schwertes den Schäferhans nieder. Gerne hätte er den Junker noch erreicht, aber er konnte nicht an ihn kommen, die Reisigen drängten sich zu dicht an ihn. Wie der riesige Keuler, vom Schwarm der Meute angehalten, die vorwärtigen Klaffer abschüttelt, so kämpfte Lienhart unter den Reisigen; bald lagen neben dem Schäferhans noch ihrer zwei todt auf dem blutüberströmten Boden. Es war ein wildes und wüthendes Ringen; die Reisigen schrien durcheinander wie toll und Lienhart, schweiß- und blutbegossen, strebte der Thüre zu, die er auch schwer erreicht hätte. Eben holte er zu einem neuen wüthigen Streich aus und die Reisigen duckten sich — da, ein jäher Aufschrei und Lienhart brach zusammen. Der Streich fiel nicht mehr; ein Reisiger war durch ein Fenster eingestiegen und hatte Lienhart von hinten durchbohrt. Ja, von hinten mußten sie den Tapfern fällen. Sein mächtiger Körper fiel dröhnend zur Erde; ein Jucken und Lienhart's Leben war entflohen, der menschliche Stoß hatte das Herz getroffen.

Selbst die harten und rohen Reisigen empfanden ein Grausen in der blutüberströmten Gaststube, sie wollten hier nicht verweilen. Im Dorfe blieb es ganz ruhig; nur einige erschreckte Gesichter von Frauen und Kinder sahen durch die Fenster, zogen sich aber schon zurück, wenn die Reisigen nach ihnen blickten.

Herr Kunz ließ einen Wagen bespannen, der im Hofe des Gasthauses stand; zwei Pferde aus dem Stall des erstochenen Wirths wurden dazu genommen. Auf den Wagen warf man die Leichname Lienhart's, des Schäferhans und der beiden Reisigen; sie wurden mit einem Tuch nothdürftig zugedeckt. Dann wurde die bewußtlose Eva aufgerüttelt. Sie blickte starr vor sich hin; thänenlos sah sie den Leichnam ihres Geliebten, an dessen Hals sie noch eben zärtlich gehangen. Der Spion, der Eva nach Landsiedel begleitet hatte, fuhr den Wagen; Eva schien ihn nicht zu kennen.

Kunz Kreglinger ließ Eva auf den Wagen sitzen, dann ging es im Trab davon. „Ei, mein Täubchen,“ sprach der Junker, „nun, denk' ich, wirst Du mir Gehör schenken.“

Eva sah ihn an mit unbeweglichem, wie versteinerten Gesicht, sie antwortete Nichts. „Oh,“ meinte er grimmig, denn er sah in ihrem Schwitzen einen Beweis, daß sie ihn immer noch verachtete, „Du sollst schon reden. Wart's nur ab!“

Die Straße war ganz menschenleer; die Bauern wichen dem reisigen Zuge schon von Weitem aus oder schienen so mit ihrer Feldarbeit beschäftigt, daß sie gar nicht aufschauten. Gegen Abend langte der traurige Zug in Detwang an. Dort hielt nun Herr Kunz Kreglinger ein Strafgericht nach seiner Art.

Die Reisigen mußten ihm alle Weiber in Dorfe zusammenzutreiben, denn er hatte den Befehl, sie dafür zu strafen, daß sie die Wiese des Deutsch-Comitwirs abgemäht und sein Heu verbrannt hatten. Der Rath wollte solchen Uebermuth nicht sehen und Herr Erasmus von Muslos meinte, es könne sehr bedenkliche Folgen haben, wenn dergleichen ungestrast bliebe. Junker Kunz, der unbarmherzige, war gerade der rechte Mann für solch eine Sache; die Weiber mußten, ob sie noch so heulend und jammerten, im Ring der Reisigen auf der Luchterwiese bei Detwang zusammengetrieben. Dort suchte Junker Kunz zehn von ihnen als die Schuldigen aus. (Fortsetzung folgt.)

heutzutage vorhanden ist. Der Vergleich zwischen der Mäßigkeit auf sozialdemokratischer Seite und der auf christlicher Seite ist tief beschämend.

Diese von christlicher Seite zur Schau getragene Bescheidenheit ist zwar tief rührend, aber eine falsche und bezweckt nur, die Mäßigkeit auf christlicher Seite noch zu verstärken, obgleich bereits mit Hochdruck in Wort und Schrift der Sozialdemokratie entgegengetrieben wird, besonders in Berlin. Wer kennt alle Namen der christlichen Vereinigungen, wer zählt alle Veranstaltungen von christlicher Seite? Es sei erinnert, um nur ein einziges herauszugreifen, an die Evangelische Alliance, an den Evangelischen Bund, an den Evangelischen Verein mit seinen Gebetstagen und sonstigen Versammlungen, an die Berliner Stadtmission mit ihrem ausgedehnten Apparate, an die genugsam bekannten christlichen Vereine junger Männer, denen nach Prediger Philipps die große Aufgabe zufällt, die männliche Jugend, die kaum konfirmirt, mit Leichtgläubigkeit, Böhlerci und Eitelkeit umstrickt wird, diesen Mächten zu entziehen und sie für Christum und sein Reich zu gewinnen; diesen schließen sich die Jungfrauenvereine an, deren es allein in Berlin 34 (114 in ganz Deutschland) giebt, die den weiblichen Dienstboten an den Sonntag-Abenden Stätten der Erholung und Erbauung darbieten sich demüthigen; erinnert sei ferner an die zahlreichen christlichen, religiösen und Erbauungsversammlungen, welche noch nebenher veranstaltet werden, der sonstigen Vereinigungen gar nicht zu gedenken. Nicht zu übersehen ist ferner, daß man auf christlicher Seite auch emsig bemüht ist, die heranwachsende Jugend für kirchliche Zwecke zu gewinnen. Erinnert sei noch die Richtung hin an die Sonntagsschulen und Kinderergötze. Bemerkenswerth ist in dieser Beziehung der Bericht des Prediger Bachmann, auf den schon früher einmal Bezug genommen worden ist, der da besagt: „Im Jahre 1882 gab es in Berlin 15 Sonntagsschulen mit 1800 Kindern; nach den vor kurzem angestellten Ermittlungen giebt es jetzt in Berlin 81 Sonntagsschulen mit 20 453 Kindern und zwar 11 490 Knaben und 18 964 Mädchen; an ihnen sind 475 männliche und 947 weibliche Helfer thätig; nur 9 Sonntagsschulen haben bisher das Gruppensystem noch nicht eingeführt. In der Hiesigen Gemeinde ist die größte Zahl der Sonntagsschulkinder, nämlich 2321, davon sind 946 Knaben und 1375 Mädchen, 75 männliche und 100 weibliche Helfer. Im Evangelischen Vereinshaus besuchten die Sonntagsschule etwa 200 Knaben und 300 Mädchen. Es giebt jetzt in Berlin keine Kirchengemeinde, die nicht wenigstens eine Sonntagsschule aufzuweisen hätte. Doch giebt es immer noch 100 000 Kinder unserer Volksschulen, die keine Sonntagsschulen besuchen; deshalb gilt es, das Netz immer noch weiter auszuspannen und neue Lokale für Abhaltung der Kinder-Gottesdienste zu gewinnen, hoffentlich lassen sich die Häufigkeit und Schulbesuch immer williger finden zur Herge der Hölle in den Schulen.“

Den gleichen Zwecken dienen auch die Kleinkinder-Bewahranstalten. „In diesen Zukunftsstätten“, so sagt Pastor Knaak, „werden die Kinder beaufsichtigt, vor bösem Einflusse bewahrt, unterwiesen in Gottes Wort und zu nützlicher Thätigkeit angehalten. Treue Lehrer voll Liebe und Geduld führen die Kinder dem himmlischen Lehrmeister zu, daß sie seine Liebe erfahren und mit Kräften der zukünftigen Welt ihre Herzen erfüllen lassen. Ihnen schließen sich die Mädchenborte und Knabenborte an, welche dazu dienen, die schulpflichtigen Kinder in ihrer schulpflichten Zeit vor Gefahren der Seele zu bewahren, ihre Schularbeiten zu beaufsichtigen und sie zur Ordentlichkeit anzubahnen.“ — Es würde zu weit führen, sollte hier noch auf weitere Einzelheiten eingegangen werden. Um nun aber auch einen ungefähren Begriff zu ermöglichen über die Schriftthätigkeit, die von christlicher Seite betrieben wird, möge hier nur noch der Jahresbericht Platz finden, den der Prediger Hülle gelegentlich des Jahresfestes des Vereins zur Verbreitung christlicher Zeitschriften für das verfloßene Jahr erstattet hat. Derselbe besagte:

„Auf ein Jahr kräftigen Wachstums dürfte der Zeitschriftenverein zurückblicken, in aller Stille, ohne Aufsehen habe das Werk seinen Fortgang genommen. Der Zeitschriftenverein zählt 907 Mitglieder, 94 Helferkreise und 5000 Agenten, die an allen Orten des Vaterlandes Hand in Hand mit ihm arbeiten. Der Verein treibt eine gesicherte Mission in den Gefängnissen, in den Krankenhäusern, in den Diasporagemeinden, in den Fabriken, unter den Sachseingängern und unter den Seelenten. 548 Besuche seien an öffentlichen Orten eingerichtet zum Behuf des Auslegens christlicher Blätter und zum Zirkulieren derselben.“

„Auf ein Jahr kräftigen Wachstums dürfte der Zeitschriftenverein zurückblicken, in aller Stille, ohne Aufsehen habe das Werk seinen Fortgang genommen. Der Zeitschriftenverein zählt 907 Mitglieder, 94 Helferkreise und 5000 Agenten, die an allen Orten des Vaterlandes Hand in Hand mit ihm arbeiten. Der Verein treibt eine gesicherte Mission in den Gefängnissen, in den Krankenhäusern, in den Diasporagemeinden, in den Fabriken, unter den Sachseingängern und unter den Seelenten. 548 Besuche seien an öffentlichen Orten eingerichtet zum Behuf des Auslegens christlicher Blätter und zum Zirkulieren derselben.“

liren der Mappen in den Gemeinden. Die Fabrikmission umfasst jetzt 728 Orte mit 2190 Fabriken. Die Abonnementzahl des „Arbeiterfreund“ mit seinen Nebenausgaben ist seit dem 1. Oktober d. J. um ein Drittel gestiegen und beträgt 125.000. An der Lutherpende sind zur Zeit 154 Gemeinden, in denen Pfarrkonzern eingetretet, beteiligt; darunter 37 Orte in der Diaspora im Auslande. Zur Versorgung dieser Gemeinden sind 1618 Neue Sonntagsblätter wöchentlich erforderlich. Die Gesängnismission erstreckte sich auf 151 Gefängnisse. Darunter befinden sich 111 Gerichtgefängnisse und 40 Nachhäuser und königliche Strafanstalten, welche 4216 Exemplare des Neuen Sonntagsblattes wöchentlich erhalten. Auch die Krankenhaus-Mission konnte auf weitere Anstalten ausgedehnt werden. Dieselbe umfasst heute 389 Krankenhäuser, Johanniter- und Garnison-Lazarethe, Verpflegungsstationen und ähnliche Anstalten. 4575 Neue Sonntagsblätter, 1088 illustrierte Berliner Arbeiterfreunde erhielten diese Anstalten wöchentlich zugewandt. Die Kaisergrube hat in 203 Garnisonorten und Häfen Eingang gefunden. 568 Mappen und 17.200 Sonntagsblätter für das deutsche Meer sind wöchentlich hierzu erforderlich. Die Schmittmission ist an 171 Orte versandt und eine Fischmission längs der deutschen Ostküste eingerichtet worden. Die Seemannsmission umfasst 19 ausländische Häfen. Alle diese Einrichtungen, so schloß der Berichtserstatte, müßten die Freunde des Vereins ermutigen. Der „Ländliche Arbeiterfreund“ vierteljährlich 40 Pf. und der „Neue Arbeiterfreund“, vierteljährlich 20 Pf., welche am 1. Oktober neu ins Leben traten, haben bereits Wurzeln gefaßt in allen Provinzen Preußens und in allen deutschen Staaten. Sie berechtigen zu den besten Hoffnungen.

Aus allem Vorgeführten ist zur Genüge ersichtlich, daß man auf christlicher Seite durchaus nicht Ursache hat, sich der entfalten Agitation gegenüber derjenigen von sozialdemokratischer Seite zu schämen; ebenso ist aber auch ersichtlich, daß es großer Mühe und Ausdauer bedarf, um den Gegnern den Rang abzulassen und daß auf sozialdemokratischer Seite die Agitation eher noch verstärkt werden muß, als daß sie nachlassen könnte. Man lerne von den Gegnern!

Suchet, so werdet Ihr finden! Unsere modernen Gesellschaftskritiker führen so gern die Worte der Bibel im Munde, und wenn es ihnen gerade in den Kram paßt, setzen sie dieselben auch mit großer Bereitwilligkeit in Taten um. Aber da, wo man nichts verloren hat, soll man nichts suchen, sonst kann es leicht geschehen, daß man etwas „findet“, was einem Anderen gehört und was dieser Andere gar nicht verloren haben will. Doch diese alte Hausbadene und etwas überlebte Moral hält nicht mehr Stand, wenn es sich darum handelt, die modernen Streikgesetze der begehlichen Arbeiter in Schranken zu halten, wenn es gilt, darbenenden Kouponabschneidern und sonstigen Aktionären den auf dem Großvaterstuhl hinter dem Ofen so sauer verdienten Anspruch auf ein sorgenfreies und freudenreiches Dasein zu garantieren.

Vor eineinhalb Jahren sandten die „niederen“ Angestellten der hiesigen Omnibusgesellschaft bekanntlich heraus, daß es den geehrten Pferden dieser Gesellschaft in mancher Hinsicht viel besser ginge, als den menschlichen Dienern derselben, und unverantwortlicher Weise tauchte in einzelnen Köpfen der Stallleute und Kutscher der verruchte Gedanke auf, durch einen eventuellen Streik die Direktion und den Aufsichtsrath darauf aufmerksam zu machen, daß bei einem derartigen Vertriebe auch für die Menschen einigermaßen gesorgt werden müßte. Die Idee war insam, das wird Jeder zugeben, wenn er erfährt, daß die Gesellschaft ihren Tagelohnern zum täglichen Leben die Summe von 2,40 M. bewilligt, wofür sie, wenn sie freie Zeit haben, auch auf Sammi fahren dürfen.

Nurzum unter der im Allgemeinen gutgedrillten und gut erzogenen Schaar der Tagelöhner der Omnibusgesellschaft fand sich schließlich ein räudiges Schaf, welches der noch etwas verschwommenen Idee des Streiks eine greifbare Gestalt geben wollte. Der Vermorsene, den der Hasser, welchen die Pferde strafen, sach, setzte sich hin und las zwei Schriftstücke ab, die ihn später glücklicher Weise beinahe an den Galgen gebracht hätten. Das eine dieser Schriftstücke enthielt einen Aufruf zur Niederlegung der Arbeit, das andere eine Ermahnung zur Ansammlung eines Streikfonds.

Der Mißthäter wagte zwar nicht, diese Schriftstücke zur Verlesung zu bringen, aber er besaß doch die Vermessenheit, dieselben mit auf seine Arbeitsstelle zu bringen. Dort ruhten sie auf dem tiefsten Grunde seiner Rocktasche, und der ominöse, revolutionär dastende Rock hing unter den gutgeputzten, unschuldsvollen Köpfen der übrigen Arbeiter. Was hätte nicht Schreckliches geschehen können, wenn die Schandthat nicht noch rechtzeitig entdeckt worden wäre! Preis und Dank sei dem Oberinspektor Herrn Venzner, dem die rettende That gelang. Unnenbarter Unglück wäre über die Gesellschaft hereingebrochen, wenn Herr Venzner die gefährlichen Papiere nicht „gesund“ und sie der allezeit wachsamsten Polizei übergeben hätte. Nun hatte Europa Auh, die Omnibuspolizei senkten weise ihre Köpfe, kanten bedächtig ihr Heu und freuten sich, daß der Kerl, der dafür, daß er ihnen täglich Futter ausschüttete und sie puzte, 60 Pf. täglich mehr, wie ihm gebührte, verlangte, sofort aufs Plaster geschmissen wurde. Und wie es sich dort lag, das sollte ein tüchtiges Omnibuspferd nicht wissen!!

So weit war nun alles in Ordnung und nach dem für solche Fälle üblichen Verlauf der Dinge geschehen, wenn sich der Arbeiter nicht darüber beschwert gefühlt hätte, daß jemand in fremden Rocktaschen, wo er sicher nichts verloren hat, etwas zu suchen hat und auch etwas „findet“. Natürlich giebt es Staatsanwälte in Berlin, wie jeder Moabitler weiß, der Klager wurde aber von sämtlichen Instanzen der Staatsanwaltschaft abgewiesen.

Der erste Staatsanwalt beim Landgericht fand sogar, daß in der behaupteten Wegnahme von Schriftstücken eine strafbare Handlung überhaupt nicht liege, „da dieselben von dem Beschuldigten nicht in der Absicht, sie sich zuzueignen, fortgenommen worden sind.“

Die Sache ist ja jetzt vergilbt und vergessen, sie ist fast ein und ein halbes Jahr her, aber manchen unserer Leser dürfte doch die Zeugenaussage des Herrn Venzner interessieren, die derselbe in der Verhandlung vom 27. September 1889 abgab. Er äußerte sich dort folgendermaßen:

„Am 1. Juni erfuhr ich vom Mitzeugen Dzingel, daß Klager seine Mitarbeiter zum Streik aufwiegle. In der Tasche eines im Stall hängenden Rockes des Klagers fand ich zwei Schriftstücke, welche einen Aufruf zur Niederlegung der Arbeit und zur Ansammlung eines Streikfonds enthielten. Diese Schriftstücke habe ich der Polizei übergeben.“

Punktum, streu Sand rum. Diese Aussage ist klaffsch, lapidar, großartig, pyramidal. Aber übersehen wir dieselbe aus dem amtlichen Jargon in unsere geliebte Muttersprache, so heißt das, der Herr Inspektor hat die Taschen seiner Untergebenen heimlich vüstrirt, sie durchschnüffelt und schließlich einen Manifestanten der Polizei denunzirt. Das ist brav und ehrenvoll und eines echten Gentlemens würdig. Müge die gütige Vorsehung der Omnibusgesellschaft noch lange so schneidige Beamte erhalten.

Mit Bezug auf unseren kürzlichen Artikel über die enormen Miethsteigerungen, die der Rentier Herr Max Händler in seinen Häusern Gubenerstr. 61 und Frankfurter Allee 111 vorgenommen haben soll, werden wir von dem genannten Herrn um die Mittheilung ersucht, daß diese Miethsteigerungen keineswegs auf ihn zurückzuführen sind. Herr H. hatte die Häuser bereits Mitte Dezember verkauft: er mußte, da die Auszahlung noch nicht erfolgt war, zwar die Kündigung an die Miether ergeben

lassen, die Miethsteigerungen aber hat der neue Besitzer auf eigene Faust vorgenommen. Für die Miether dürfte es übrigens gleichgültig sein, von wem sie in dieser Weise in die Höhe geschraubt worden, die Hauptsache für sie ist, daß sie zirkel 50 pCt. mehr Mithte zahlen müssen.

Ein schneidiger Bizewirth und Magistratsbeamter. Man schreibt uns: Die Pflichtigkeit bei Ausfüllung von Miethkontrakten hat einen Bizewirth im Nordosten der Stadt in eine recht bedenkliche Lage gebracht. Dem Bizewirth war vor etwa einem Jahre die Verwaltung eines Hauses übertragen. Unter den älteren Miethern, die in diesem Hause wohnten, befand sich auch ein Barbier, der dort einen Laden inne hatte. In den älteren Kontrakten war nun die Bestimmung enthalten, daß der Kontrakt aufgehoben sei und der Miether die Wohnung sofort zu räumen habe, wenn die Mithte nicht innerhalb der ersten acht Tage des Monats gezahlt werde. In den neueren Kontrakten war diese Frist auf drei Tage festgesetzt. In den Kontrakten beider Art war die Zahl der Tage (3 bzw. 8) durch Ziffern angegeben. Der Kontrakt über den billig vermieteten Barbierladen läuft noch mehrere Jahre und es ist erklärlich, daß der Bizewirth auf eine Ermittlungsgelegenheit wartete. Am Sonntag, den 4. Januar d. J. war der Barbier auf kurze Zeit fortgegangen. Diese Gelegenheit benutzte der Bizewirth, um die Ermittlung ohne Weiteres ins Werk zu setzen. Und als der Barbier zurückkehrte, fand er seinen Laden verpfändet, war auch nicht im Stande, sich wieder in den Besitz der gemieteten Räume zu setzen. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der Bizewirth in der irreführenden Ansicht befangen gewesen ist, daß dem Barbier nur eine dreitägige Frist zur Mithtszahlung zusteht. Der Barbier hat nun sofort Schritte gethan, um von dem Bizewirth, einem Magistratsbeamten, Schadenersatz zu erlangen und außerdem dürfte der Bizewirth wegen seines eigenmächtigen Vorgehens sich noch wegen Nöthigung vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Ob ihn vor einer Verurtheilung sein Verthor bewahren wird, daß er offenbar die vielleicht nicht sehr deutlich geschriebene „8“ mit einer „3“ verwechselt hat, scheint mindestens zweifelhaft.

Gerichts-Beitrag.

Ob ein Schuhmann berechtigt ist, einen Menschen auf der Straße, welcher ohne irgend etwas Ungefährliches zu begehnen, auf- und abgeht, von einem bestimmten Theil der Straße fortzuweisen, ist eine Frage, welche gestern die 95. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts beschäftigte. Nach § 117 des Straßenpolizeireglementes sind die Polizeibeamten befugt, im Interesse der Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums auf der Straße gewisse Maßnahmen zu treffen und das Publikum hat diesen Anordnungen Folge zu leisten. Nun war im vorigen Sommer in der Hingel'schen Perlmutterwaaren-Fabrik in der Ritterstraße ein Streik ausgebrochen, in dessen Verlauf auf Antrag des Fabrikbesizers die Polizei einen Schuhmannsposten in der Nähe der Fabrik aufstellte, um etwaige „Verhinderungen“ der Arbeitenden durch die Streikenden zu verhindern. Eines Tages ging der zu den letzteren gehörende Arbeiter Lieje kurz vor der Feierstunde in der Nähe der Fabrik auf und nieder; er that nichts Unrechtes, wurde aber doch von dem Schuhmann angewiesen, sich zu entfernen, und als er dies nicht that, sondern es als sein Recht in Anspruch nahm, auf der Straße zu promenieren, zur Wache führt. — Rechtsanwalt Heine vertrat den Standpunkt, daß das Publikum nur verpflichtet sei, den gesetzlich berechtigten Anforderungen Folge zu leisten, wovon in diesem Falle aber gar keine Rede sein könne. Die Schutzleute seien gewiß nicht berechtigt, nach Belieben Leute, welche auf der Straße hin und her gehen, von der Straße fortzuweisen, denn sonst würde dies zu den wunderbarsten Konsequenzen führen. Der Gerichtshof war jedoch mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß die Schutzleute im Interesse der „Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums“ hierzu wohl berechtigt seien und er verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 3 Mark Geldbuße eventuell ein Tag Haft.

Ein Impfgegner stand gestern in der Person des Naturarztes Franz Stahn vor der 97. Abtheilung des Schöffengerichts. Derselbe beantragte richterliche Entscheidung gegen ein ihm vom Polizeipräsidenten auferlegtes Strafmandat in Höhe von 50 Mark. Der Angeklagte besitzt ein siebenjähriges Kind, welches er bisher vor der Impfung zu bewahren gemüht hat, indem er stets Krankheit vorjoch. Im August v. J. sandte die Behörde dann einen Gerichtsphysikus zu ihm, der das Kind untersuchen mußte und hierbei allerdings eine ganz leichte Halsentzündung bei demselben entdeckte. Im allen Vorwürfen vorzubeugen, ordnete der Arzt einen Ausschub von 6 Wochen an, dann untersuchte er das Kind wiederum und erklärte es für vollkommen gesund. Nunmehr wurde dem Angeklagten bei Strafe angedroht, die Impfung vorzunehmen zu lassen. Wie schon in einem früheren Falle, der mit seiner Befragung endete, blieb der Angeklagte seinem Grundsatze treu, er ließ es darauf ankommen. Im gestrigen Termine führte der Angeklagte aus, daß das ganze Impfgesetz rechtswidrig sei. Es sei im Reichstage nur mit einer geringen Stimmenmehrheit zur Annahme gelangt, aber nicht das Parlament oder irgend eine Behörde könne ein derartiges Gesetz erlassen, sondern dies müsse lediglich Aufgabe der Wissenschaft sein. Die Impfung werde weiter nichts wie eine Vergiftung, nach dem Gesetze werde jede Verbringung von Gift mit schwerer Strafe bedroht und so machten sich auch alle diejenigen strafbar, welche die Impfung zwangsweise durchführten. Er wisse wohl, daß er verurtheilt werden würde, dann sei seine Verurtheilung aber auch eine gesetzwidrige. Der Gerichtshof ließ sich auf eine Widerlegung dieser Ausführungen nicht ein, sondern verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Geldstrafe von 50 M.

Aus recht wichtigen Gründen hat der Schlächtermeister Heinrich Ledmann die Urkundenfälschung begangen, die ihn gestern vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Im Juni v. J. traf der Angeklagte eines Morgens auf dem Zentralviehhofe mit Fleisch ein, welches von Thierca stammte, die er angeblich Tags zuvor in seinem Wohnst., einem in der Markt belegenen Dorfe geschlachtet hatte. Er unterbreitete dem hiesigen Untersuchungsamte eine von dem Ortschulzen beglaubigte und unterzeichnete Bescheinigung des Fleischbesamers, wonach dieser das Fleisch untersucht und für gut befunden hatte. Es fand hier dann die übliche Nachuntersuchung statt, die dasselbe Ergebnis hatte. Die auswärtige Bescheinigung hatte aber einen Formfehler und wurde deshalb dem Aussteller zur nachträglichen Ergänzung zugesandt. Hierbei wurde entdeckt, daß das Schriftstück gänzlich von dem Fleischbesamers ausgestellt und ebenso wenig von dem Ortschulzen beglaubigt war. Ledmann hatte in beiden Fällen gefälscht, wie er vor Gericht angab, weil er nicht die Zeit verlieren wollte, welche durch Erfüllung der Untersuchungsprotokolle in Anspruch genommen wurde. Als er zum Schulzen gekommen sei, habe er denselben nicht angetroffen und dessen Gehfrun ihm gesagt, er solle den Namen und die Beglaubigung nur selbst schreiben, den Stempel wolle sie dann schon unterbreiten. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

Bruder Studio. Eine Anklage wegen Sachbeschädigung führte gestern den Studenten der technischen Hochschule, Johann Grün, vor die 87. Abtheilung des Schöffengerichts. An einem Herbstabend des vorigen Jahres kam der Angeklagte in bersieriger Stimmung aus der Kneipe. Er mußte seinem lähnen Thätendrange in irgend einer Weise Luft machen und als ihm ein Feuerwelder zu Gesicht kam, gerieth er sich darin, die Glascheide mit seinem Stocke zu zertrümmern. Vor Gericht bat

er um milde Strafe und der Gerichtshof belieh es denn auch bei einer Geldstrafe von 10 Mark.

Durch die Aufertigung und den Vertrieb von außerordentlich billiger Seife, deren Unbrauchbarkeit erst zu erkennen ist, wenn sie Verwendung finden soll, ist schon mancher Betrug ausgeführt und manche Hausfrau geschädigt worden. Im August v. J. wurden zwei Handwerkerfrauen in Moabit Opfer eines solchen Betruges. Ein von Haus zu Haus gehender Händler bot ihnen Seife zu dem ausnahmsweise billigen Preise von 20 Pfennigen an. Er gab an, daß er große Mengen Fett vom Viehhofe beziehe und die Seife selbst sothe, daher könne er Waare so billig verkaufen. Die Frauen ließen sich bereben und nahmen je vier Pfund. Als sie die Seife in Gebrauch nehmen wollten, zeigte sich, daß ihr auch alle guten und notwendigen Eigenschaften einer Seife fehlten, sie war nur zum Säubern der Fußböden zu gebrauchen. Der Verkäufer wurde in der Person des Handelsmanns Adolf Duhaet ausfindig gemacht und derselbe wegen Betruges unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht sprach ihn frei, da nicht angenommen wurde, daß die von dem Angeklagten gemachten falschen Angaben die Frauen zum Ankaufe der Seife bewogen hätten. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und wurde gestern in zweiter Instanz verhandelt. Der Angeklagte gab an, daß er die Seife vom Seifensieder Schulz für 8 Pf. pro Pfund beziehe. Der Letztere bestritt dies. Der gerichtliche Sachverständige, Seifensieder Kunze, erklärte, daß es ihm unmöglich sei, eine Seife für den Verkaufspreis von 8 Pf. herzustellen; welcher Art dies Produkt sei, entziehe sich seiner Beurtheilung. Der Fabrikant Schulz gab an, daß er hierzu Coculus und Fett verwende. Da durch die Beweisaufnahme noch festgestellt wurde, daß der Angeklagte seine Waare aus einer „guten“ Hausseife angepriesen hatte, so sah der Gerichtshof schon in dieser falschen Vorspiegelung die Thatbestands-Merkmale Betruges. Das erste Urtheil wurde aufgehoben und der Angeklagte verurtheilt, die Strafe aber mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit und die Geringsfügigkeit des Objectes auf fünf Mark bemessen.

Die einige Blätter berichten, hat die Anklage gegen eine Anzahl galizischer Auswanderungs-Agenten in dem bekannten Radowitzer Prozesse mit der Verurtheilung zu mehr oder mit der schweren Freiheitsstrafen geendet.

Wer die Auswanderungs-Verhältnisse einigermaßen kennt, der wunderte sich seiner Zeit nicht etwa darüber, daß dieses erbärmliche Treiben überhaupt möglich gewesen, sondern darüber, daß dasselbe so lange Zeit in der breitesten Weise fortgeführt werden konnte und erst so spät an's Tageslicht kam. Und daran tragen wohl die preussischen, insbesondere aber die Bremer und Hamburger Polizeibehörden die größere Schuld, denn es ist unmöglich, daß die unglücklich klingenden Berichte der dort angekommenen Auswanderer nicht ein einziges Mal zur Kenntniz der Behörden gelangt sein sollen. Wohl in den meisten Fällen kamen die armen Auswanderer ohne jegliche Baarmittel, nothdürftig bekleidet und halb verhungert in den Hafenstädten an, wo sie dann das Mitleid der Schiffsgesellschaften, oder die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen mußten, wenn ihnen klar wurde, daß sie in der schmachlichsten Weise betrogen worden waren.

Ähnlich wie es den armen galizischen und auch ungarischen Auswanderern erging, ergiebt es sich auch den russischen Auswanderern. Die preussischen Maßregeln, die man in Ostpreußen zur Verhütung der Auswanderung in Anwendung bringt, zwingen diejenigen russischen Unterthanen, die sich in ihrem Vaterlande nicht mehr zu ernähren im Stande sind, sich den gewissenlosen Agenten anzuvertrauen, die ihnen den größten Theil ihrer Baarschaft für das Ueberfahren über die Grenze abnehmen und dieselben dann ihrem Schicksal überlassen. Ist genug treffen die Armen dann in Berlin ohne einen Pfennig an und man lernt im Wartesaal des Lehrter Bahnhofs manchen dieser Proleten hilflos schluchzen sehen. Dann kann man sich einen kleinen Griff machen von dem Glend, dem die Leute in ihrer Heimath ausgehert sind, und der großen Fürsorge, welche die russische Regierung, die ungeheure Summen für das so schwunghaft betriebene Lockspiegelssystem ausgiebt, ihren Unterthanen angebeihen läßt!

Literarisches.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Zum Handgebrauch für alle bei Ausführung des Gesetzes Beteiligten. Preis 20 Pf. Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Wohl selten dürfte bei dem Inkrafttreten eines Gesetzes eine solche Verwirrung bei den an der Ausführung des Gesetzes Beteiligten zu konstatiren sein, als dies beim Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz der Fall ist. Arbeitgeber wie Versicherungspflichtige vermögen nicht die Klauseln des Gesetzes zu durchdringen und selbst von den unteren Verwaltungsbehörden sollen bei der Ausführung des Gesetzes schon die tollsten Mißsprünge gemacht sein.

Diesem Uebelstande sucht der Verfasser der unter obigen Titel erscheinenden Broschüre abzuhelfen, indem er in einer bei dem vorliegenden Stoff überhaupt möglichst knappen Form die Bestimmungen des Gesetzes darlegt. Das Schriftchen ist zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Beteiligten bestimmt, und es sucht dieser Aufgabe nachzukommen, indem es zunächst die Frage erörtert: wer ist versicherungspflichtig? und sodann einen Ueberblick über die Versicherungsanstalten, deren Organisation und die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu geben. Welche Voraussetzungen haben diejenigen zu erfüllen, welche Anspruch auf die Invaliden- und Altersrente haben wollen? Auch diese Frage beantwortet das Büchlein in einer möglichst leicht verständlichen Form, indem es nacheinander in veranschaulichten Kapiteln die Wartezeit, die Versicherungsbeiträge und deren Einrichtung behandelt. In einem besonderen Absatz sind die Nachzahlungsarten behandelt, wie die Entwerthung der Nachzahlungen vorgenommen werden muß und wie der Umtausch der Nachzahlungsarten zu geschehen hat. Hier sind auch die Strafbestimmungen vermerkt, die denjenigen treffen, der die Nachzahlungsarten anders als den bestimmten Vermerk benutz. Besonders schwierig ist die Frage der Versicherungsleistung. Hier legt der Verfasser auseinander, wann und in welcher Höhe die bewilligte Rente je nach der Lohnklasse gezahlt wird und wann der Anspruch auf Rente vollständig oder zeitweilig erlöschen oder ruhen kann; es sind ferner die Voraussetzungen erörtert, unter denen eine Rückzahlung der Rente erfolgen kann. — Will ein Versicherter Anspruch auf Rente erheben, dann ist es nothwendig, daß dies auch unter Innehaltung der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Formen geschieht. In dem weiteren Kapitel behandelt die Schrift diesen Zusammenhang zur Zufriedenstellung ist. — Auch die Fragen, wann der Anspruch auf Rente ruhen kann, in welcher Form die Rente ausbezahlt werden beantwortet die Broschüre. Zusammenfassend giebt der Verfasser einen Ueberblick über die in Aussicht stehenden Verwaltungsbehörden und die diesen zustehenden Rechte und Pflichten, um im Schlußkapitel die Strafbestimmungen des Gesetzes zu erläutern. Ein ausführliches Sachregister bildet den Schluß der Schrift, die jedem, der den Bestimmungen des Gesetzes unterliegt, nur dringlich empfohlen werden kann.